11. Juli 1991

Nr. 155

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Wat'n? Dette soll'n Sommerloch sein?

VORWORT

Seit dem ersten Juli sind in Berlin 8000 EinwanderInnen von der Abschiebung bedroht. In der gesamten BRD ca. 300000. Ihren Duldungstatus in der brd hängt seit dem 1. Juli nur noch von Schäuble und seinem Ministerium ab. Der selbst das rassistische Gesetz gegen AusländerInnen geschaffen hat. Dadurch werden Massendeportationen in den nächsten Monaten wahrscheinlich.
Auf der Demo gegen diese Abschiebungen -letzten Donnerstag- waren relativ viele EinwanderInnen und dennoch nur ca.1500 Leute. Für den strömenden Regen fanden wir die Stimmung ganz gut. Trotzdem hatten wir nicht das Gefühl, so die Abschiebungen verhindern zu können. Aber es ist an dieser Mobilisierung neues am entstehen, wo wir auf eine Kontinuität hoffen.

Brennend interessieren würde uns, was in Jugoslawien wirklich passiert. Wir konnten leider keine aktuellen Berichte und Einschätzungen jenseits von der Tagespresse auftreiben.

Für diese Heft haben wir einmal wieder einen Artikel über die angeblichen "Stammesfehden" in Afrika aus dem Bremer Kassiber geklaut.
Interessant fanden wir auch den Artikel aus dem neuen telegraph über Heinisch` Sozialarbeit-Projekt mit Nazis in der Pfarrstraße.

Sonderpreise für das lausigste lay-out gehen diesmal an fast alle ...
Und die Qualität der Vorlagen ...
Layout und das lästige Abtippen hat uns viel Zeit geraubt.
Noch mehr Schwierigkeiten hat und der Text zu Pädophilie bereitet. Mehr dazu in einer Stellungsnahme nach dem Text (S.9)

Das Sommerhoch beginnt heute auf jedenfall für die Schülerinnen und Schüler. Auch meterologisch scheint ja nun das Sommerhoch anzubrechen; wir könnten uns ja zur Abwechslung mal ´nen Sonnenbrand auf `ner Demo holen.
Kommt dann doch nur das Sommerloch sehen wir uns in Meppen...

Apropos Sommer: Am 18.7. erscheint die letzte wöchentliche Ausgabe, danach erscheint diese Zeitung bis September alle zwei wochen.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Ordner

CHAOS TAGE in MEPPEN

VOm 9. - 11.8. 1991!

FÜR ALLE PUNX UND ANDERE LEUTE, DIE GUT DRAUF SIND!

KEINE FASCHOS!

Treffpunkt: Schülerwiese, 4470 Meppen!

Thesen zum Kulturbegriff

Keine Revolution ohne andere Kultur, ohne andere Umgangs- und Lebensformen, ohne eine Veränderung der Menschen, die sich an ihr beteiligen. So weit, so klar- aber darüber wie eine andere Kultur entsteht und wie ihr Verhältnis zur Politik aussieht, darüber wird in der Linken wenig geredet. Deswegen diese Gedanken zum Kulturbegriff:

1.) Gegen-/ Protestkulturbewegungen so wie die antiautoritäre Bewegung ab 1968 oder die Jugenrevolte 80/81 sind für mich im wesentlichen zweierlei: a)das Ausprobieren von neuen Formen, wobei diese Formen relativ willkürlich gewählt und sogar reaktionär sein können (z.B Skins). Dieses Ausprobieren erschöpft sich sehr schnell. Wie in jedem gesellschaftlichen Prozeß läßt die Euphorie nach.
b) der Ausbruch aus der Einsamkeit als sich neu konstituierende Gemeinschaft (wobei dieser Ausbruch eben auch außerhalb von Protestkulturbewegungen stattfinden kann)



In ihrer Spontaneität sind gesellschaftliche (und damit meistens auch kulturelle) Aufbrüche unkontrollier- und steuerbar. Selbst wenn das anders wäre, würde so eine Kontrolle wenig interessant sein. Klar ist auf jeden Fall auch, daß diese Aufbrüche ihre Schattenseiten haben. Ich persönlich mißtraue ihn ein bißchen, weil ihr oft jähes Ende auch mich mit hinabzieht. Sie sind daher für mich kein Fundament, auf das ich meine gesellschaftliche Identität stellen würde. Sie sind sicherlich prägend, können mich mitziehen und mir neue Sachen zeigen, aber ihr Rhythmus definiert nicht meinen. Warum ausgerechnet wir Linken eine neue Protestkultur kreieren sollten, ist mir deswegen schleierhaft.

2.) An gesellschaftlichen Prozessen sind mir die bewußt machenden Elemente wichtig. Diese Bewußtsein schaffenden Momente finden sich in Kulturbewegungen genauso wie in reivindikativen Kämpfen (um Lohn, ein Zentrum usw.) oder auch in unvermittelt ausbrechender Klassengewalt (z.B die Jugendbanden und ihre Konfrontation mit den Bullen). Darüberhinaus aber noch in x-Sachen, oft Kleinigkeiten, mehr. In ihnen beginnen Menschen ihr Untertanensein ein Stück weit aufzusprengen; sie werden an einzelnen Stellen eigenständige Subjekte, ohne sich dadurch aber gleich "ganz" zu finden. Bewußtsein schaffende Momente sind Schritte auf einem Weg, noch nicht das Ziel selbst.

3.) Gegenkultur kann über den Bewußtwerdungsprozeß, der in ihr abläuft, ein konstituierendes Element der neuen Gesellschaft sein. Das Menschenbild einer Gesellschaft wird beispielsweise durch die Kunst zum Ausdruck gebracht, aber auch weitergetrieben. So werden revolutionäre Lebensformen stückchenweise schon vor der Revolution vorweggenommen (auch wenn die Veränderungen immer wieder in die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen zurückfallen.)

Gegenkultur ist also "präventive Revolution", aber sie kann die Revolution als Prozeß der Machtübernahme nicht ersetzen. Ich glaube, daß die kulturelle Subversion als "beharrliches Aushöhlen des alten Systems" alleine zu keiner bleibenden Veränderung führt. Jede gesellschaftliche Transformation braucht politische und militärische Strategie. Ohne diese Strategie, die von Organisationen oder Organisationskernen vermittelt wird, wird Protest- oder Gegenkultur zurückintegriert (z.B die Kommerzialisierung des Punk, die Integration der Alternativen, der'Marsch'der Antiautoritären); - genauso wie politische Strategie ohne gegenkulturelle Elemente nur lustfeindlich und formalistisch sein kann.

4.) Natürlich gibt es einen Bereich der spontanen Entwicklung von Kultur oder besser: Entfaltung der menschlichen Vielfalt. Das ist, wenn wir auf der Straße singen, tanzen, uns unvermittelt und unreflektiert ausdrücken. Darüber brauchen wir aber auch nicht reden.

Daneben gibt es aber auch bewußt zu entwickelnde Gegenkultur, die außerhalb von spontanen Aufbrüchen entsteht. Das ist für mich vor allem der Austausch mit vielen verschiedenen Menschen, Gemeinschaftlichkeit, ein Über-Sich-Hinausgehen - also ein Annähern an kommunistische Lebensformen.
Diese Lebensformen gehen nicht aus individuell erlernten Eigenschaften hervor, sondern sind kollektive Entwicklungsprozesse, die mensch- hauptsächlich als systematischen Lernprozeß- durch die Arbeit an einem gemeinsamen Prozeß macht.

5.) Das mir naheliegendste gemeinsame Projekt der Linken ist die revolutionäre Organisation. - Warum?

Wenn mir an der Szene etwas auf die Nerven geht, dann ist es ihre Beschäftigung mit sich selbst, ihre Selbstlähmung, die aus dem vorherrschenden bürgerlichen Individualismus hervorgeht und ihn reflektiert. "Jeder ist sich selbst am nächsten", heißt die bürgerliche Variante des autonomen 'Subjektivismus'.
Die entscheidende Frage ist also, wo und wie wir unsere individuelle Subjektivität zu einer gemeinsamen verschmelzen. Der Prozeß bewußter Organisierung (als Organisation) ist eine solche Verschmelzung, also Arbeit an der Kollektivität, an der Gegenkultur, an der neuen Gesellschaft.

Zum anderen hängt damit auch eng die Frage nach Erfolg und Nichterfolg zusammen. Erfolg das heißt für mich, neue Leute zu gewinnen, an einzelnen Punkten Zwischenerfolge zu erringen, richtig bestimmt zu intervenieren, gesellschaftlich wahrgenommen zu werden. Egal was wir sagen und denken, jede Struktur mißt sich natürlich auch an ihrer Effizienz. Genau das ist für uns alle subjektiv ausgesprochen wichtig, denn wer macht schon gerne eine zeitraubende Arbeit, wenn sie nicht wenigstens manchmal Erfolgserlebnisse vermittelt?
Wildwuchs ist tendenziell (außer in Bewegungshochzeiten) ziemlich ineffektiv, die frustrierende Arbeit bleibt an wenigen hängen, die gleiche unangenehme Arbeit wird drei oder vier Mal gemacht. Auch deswegen müssen wir über die "wildgewachsene", subkulturell definierte Szene hinaus.

Zusammengefaßt: In ihrer Plan- (und deswegen Perspektivlosigkeit) verstellt uns die 'Szene' als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun); in ihrer subkulturellen Abschottung verhindert sie die Auseinandersetzung mit außen, blockiert also auch das befreiende Aufgeben des bürgerlichen Individualismus.

Meine These ist deswegen, daß es gerade in Bewegungstiefs gerade für uns RevolutionärInnen subjektiv notwendig ist, über ein so abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden. Die Tatsache, daß andere Organisationsansätze als ML-Sektierertum und Psychozirkel geendet sind, überzeugt mich nicht vom Gegenteil. Die ML-Phase (die K-Gruppen Anfang der 70er) war meiner Ansicht nur die undialektische Negation der Antiautoritären Bewegung, so wie wir weitgehend die undialektische Negation der ML-Phase sind.

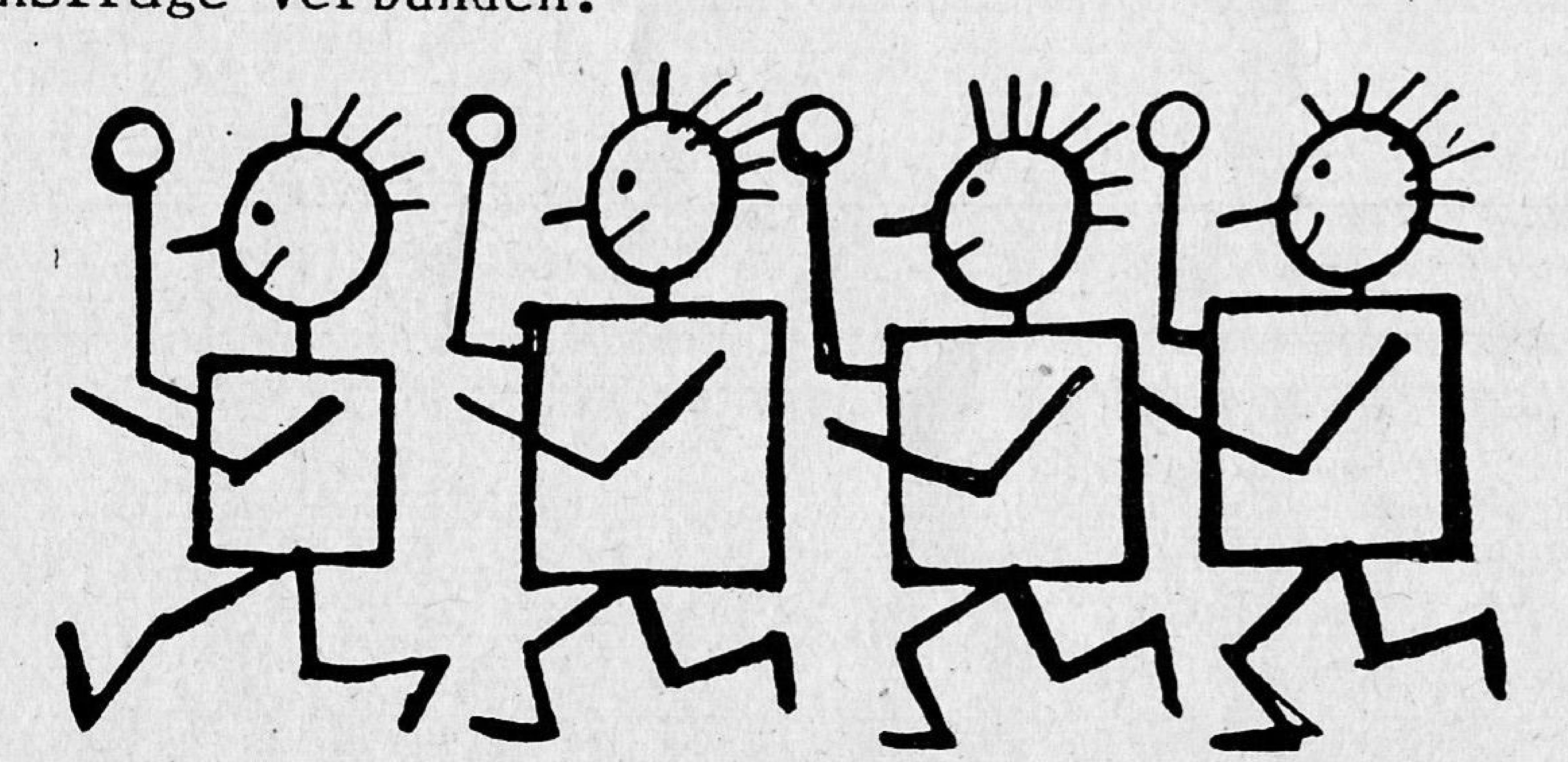
ZUM SCHLUß: (so 'subjektiv' wie nur irgendwas)

- mir macht politische Arbeit da Spaß, wo sie über den eigenen Tellerrand hinaus auf andere soziale Realitäten zugeht, denn da höre ich auf, nur für mich denkendes Subjekt zu sein und treffe mich mit anderen; dahinter steht für mich die gedankliche Kette: Klebstoff zwischen den Vereinzelten sein- Konsens schaffen- kommunistische Lebensformen aufbauen

- zu der in Mode geratenen Diskussion über den Widerspruch zwischen eigener Subjektivität und abstrakter Politik: Politik ist zwangsläufig Abstraktion von sinnlichen Wahrnehmungen. Das ist nicht weiter schlimm. Auf der anderen Seite sind wir als ganzheitliche Menschen aber sehr viel mehr als nur "denkende". Für mich heißt das, meine Spontaneität und Kreativität genauso auszuleben wie mein Bedürfnis nach bewußt geplanter und erfüllender politischer ARbeit. Bewußtsein und Spontaneität, Kreativität und Systematik sind für mich dialektische Begriffspaare, die sich gegenseitig benötigen.

- die jetzigen Formen des Szene-Wildwuchses reichen mir nicht. Ich mache Politik immer mehr außerhalb von autonomen Zusammenhängen, mache dabei gute Erfahrungen und kann mir vorstellen, ganz aus ihnen herauszuwachsen. Dagegen schätze ich "autonome" oder linksalternative Lebens- und Kulturformen nach wie vor: ich lebe gerne in der linken WG, liebe Kiez-Discos, mag das Ex, umgedrehten Kleiderzwang und nicht-bezahlen-müssen auf Voküs.
Die Szene ist als Erbin der antiautoritären Bewegung und der Jugendrevolte wahrscheinlich kulturell, wenn man die eigene Herkunft und die Außenbedingung berücksichtigt, gar nicht schlecht (oft nicht anders als die Umwelt, oft noch individualistischer, aber manchmal eben doch umwerfend revolutionär). Politisch dagegen ist sie unbefriedigend, völlig überholt von den Wirklichkeiten einer immer härteren sozialen Realität. Und: auch für das Zusammenleben (also die kulturelle 'Sphäre') wäre erfolgreichere (d.h systematischere) politische Arbeit sinnvoll, denn befriedigte Menschen haben weniger Psychos miteinander.
Also nicht Partei statt Szene, sondern Gegenkultur, soziale Bewegung und revolutionäre Organisation als unterschiedliche, sich ergänzende Sphären. Unsere individuelle Perspektivlosigkeit kann nur eine kollektive stukturelle Antwort haben, unser Problem läßt sich nur in der gemeinsamen Abstraktionsleistung lösen.-
Deswegen sind unsere Schwierigkeiten mit Alltag und unserer 'Kultur' eng mit der Organisationsfrage verbunden.

- der zettelknecht-



PÄDOPHILE ALS VERGEWALTIGER?!

Zum Bekennerinnenbrief in der von letzten Interim 152, S.[illegible]

Als ich diesen Brief in der Interim las, dachte ich [illegible] geile Aktion, nur Schade, daß sich mal wieder nur Lesben [illegible] Frauen zu so einer Aktion aufraffen konnten, wo es an der [illegible] daß sich auch Typen dazu verhalten. Das betraf aber nur die [illegible]en die "Schauburg", welche sich eindeutig gegen Männergewa[illegible] mit einem Pfeiler dieses Systems richtete (wobei die "Schaubur[illegible]nbar mal wieder ein alternatives Projekt ist und somit von li[illegible]pen besucht wird).

Als ich dann weiterlas, drehte sich mir der Magen um[illegible] wird eine Aktion gegen ein Projekt durchgeführt, einzig und allein, w[illegible]h dort Pädos treffen. Es gibt keine konkreten Fälle von (sexueller[illegible], es wird pauschal behauptet, alle Pädos seien Vergewaltiger. [illegible]t wird dies noch damit, daß angeblich Pädos Kindern ihre Sexuel[illegible]ressen auf- zwingen würden. diese behauptung tritt nicht zum er[illegible]auf. Ich habe sie schon öfter aus Lesben-/Frauenzusammenhäng[illegible]t und finde es wichtig, dagegen Stellung zu beziehen.

Also die Behauptung, daß Pädos Kindern ihre Sexual[illegible]ingen, mag zwar in manchen Fällen zutreffen, doch nicht mehr, [illegible]r klein- bürgerlichen Hetenbeziehung. Bei dieser Aussage is[illegible]en außer acht gelassen, daß kinder ihre eigene Sexualität [illegible] Bedürfnis- sen und eigenen Wünschen haben. Diese auszuleben, [illegible] gerade in dieser Gesellschaft verweigert. Es gibt nur wenig[illegible], diese mit Gleichaltrigen, Jüngeren oder Älteren auszule[illegible]er Erklär- ung steht auch, daß "je größer der Altersuntersch[illegible]größer wird das Macht-, Ohnmachtgefälle, die Ausbeutung und [illegible]". Ich halte es für eine Aussage, die vielleicht für de[illegible]ieser Gesell- schaft zutrifft, aber nicht bei einvernehmlichen[illegible]zwischen Erwaxenen und Kindern/Jugendlichen zutreffen mu[illegible]ten hier natürlich Schwierigkeiten auf: Schwule Pädos zu[illegible]mer der Gefahr der Repression von seiten des Staates und [illegible]ng ausge- xxxxx bis in die Linksradikale hinein- ausgesetz[illegible]von den Kids ausgenutzt werden, so daß die Pädos ihnen au[illegible]nd. Auch bewirkt der Druck Streß und andere Probleme nicht[illegible] Erwaxenen! Andererseits kann es auch dazu kommen, daß Pädos[illegible]nutzen. Aber es sind eher Ausnahmen, wenn mensch einen Ve[illegible]onstigen Gesellschaft zieht. Denn fast alle Vergewaltigung[illegible]werden nicht von Pädophilen, die sich mit ihrer Sexualit[illegible]rsetzen, ausgeführt, sondern in den Kleinfamilien, von Bek[illegible]andten und sonstigen gesellschaftlich anerkannten Personen, [illegible]elten ver- folgt werden. Es gibt horrende Zahlen: daß jede/s[illegible]/Frau sexuell belästigt oder vergewaltigt wurde, "kleine" alltä[illegible]igungen gar nicht mitgerechnet. Auch viele Jungen sind opfer v[illegible] gewalt geworden. Aber diese gewalt ist nicht nur sexuell, [illegible] vielen Ebenen (z.B. psychisch, physisch und sexuell zwisch[illegible] "ihren" Kids) latent vorhanden. Das Problem ist das Patri[illegible]as Kapita- listische System mit all seinen Ausprägungen über[illegible]t die Randgruppe der Pädos! Sie sind nur insoweit Täter, [illegible] Gesell- schaftssystem noch in ihnen steckt und sie sich [illegible] mit ihrer Lage/Rolle auseinandersetzen-genauso wie alle ander[illegible]

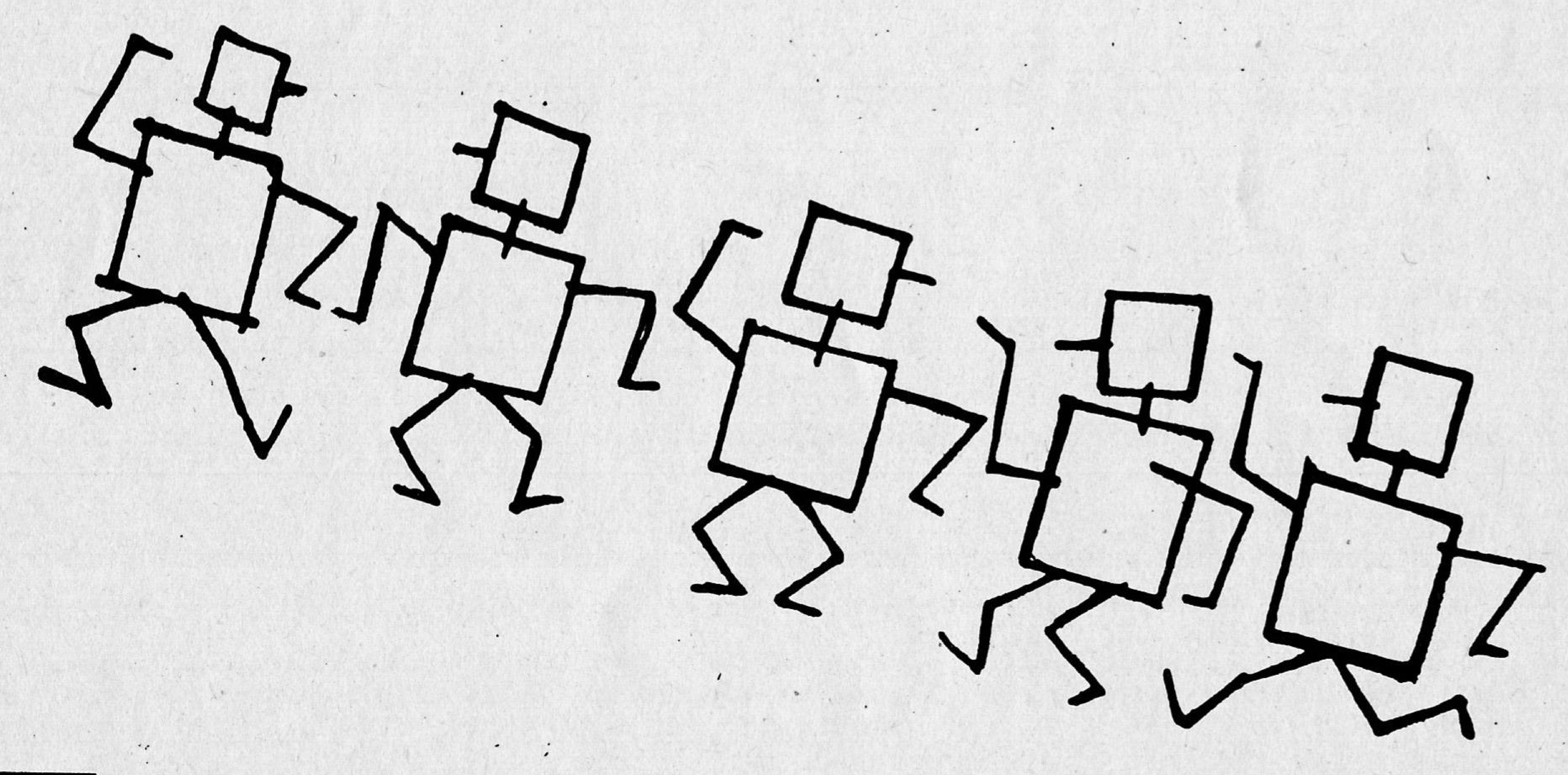
Jede Beziehung zwischen zwei, drei oder mehr Mensch[illegible] dieser Gesellschaft problematisch, mögen es Heten-, Schwule[illegible], Pädo- oder sonstige Beziehungen sein. Natürlich gibt es Un[illegible]de, da dies eine männerdominierte/-beherrschte Gesellschaft ist[illegible]klar, daß heutzutage eine beziehung zwischen einem Mädchen und [illegible]n im sel- tensten Fall -wenn überhaupt- gewaltfrei verlaufen k[illegible] soll eine Beziehung zwischen einer Frau und einem Jungen gewal[illegible]n, als zwischen Mann undFrau?! Auch denke ich, daß beziehun[illegible]chen erwaxenen Schwulen oft gewaltsamer verlaufen, als zwischen Ju[illegible]nnern. Allen Beziehungen ist das beidseitige Einverständnis[illegible]ilität nötig.

Daß Pädos als vergewaltiger abgestempelt werden, wird nicht viele stören. Schließlich werden sie selten toleriert und wenn,dann eben nur toleriert (Ich bin ja so liberal...). Daß sie auch akzeptiert werden und aus ihrem Versteck heraus müssen, weil gerade auch das sich-verstecken-müssen zu frustation und Aggression führt, wird nirgends eingesehen. Selbst in schwulen organisationen werden Päderasten (schwule Pädophile) ausgegrenzt und verstoßen.
Ein problem, weshalb auch die Pädo-Diskussion in Berlin in Richtung Pädo=Vergewaltiger ging, ist die Auseinandersetzung mit der "Indianerkommune" gewesen. Sie hat sich positiv zu pädophilen Beziehungen geäußert, was anfürsich o.k. ist. Nur ist sie "die" Gruppe für die Linxradikale zur Diskussion über Pädophilie gewesen. Durch mehrere Probleme mit der Gruppe, haben einige auf alle Pädos ihre Erfahrungen übertragen: Die gruppe wurde von einem Typen dominiert, der Frau(en) sexuell belästigt haben soll; Die geringe Auseinandersetzung der Gruppe mit patriarchaler Unterdrückung; die Dominanz von Gruppenmitgliedern auf Treffen bei gleichzeitiger Ausspielung ihrer Opferrolle; der psychische Druck gegen Neumitgliedern; die ablehnung/Bekämpfung von Wildwasser e.V.(ein halbstaatliches Hilfsprojekt für sexuell belästigte/vergewaltigte Mädchen)*; usw.
Es waren Erfahrungen mit <u>einer</u> Gruppe, wovon längst nicht alle pädophil waren, die damit endeten, daß Lesben und andere Frauen und auch einige Typen gegen einige der "Indianerkommune" nach einem Vergewaltigungsvorwurf gewaltsam vorgingen.
Problematisch sehe ich dabei die Pauschalisierung, indem Pädophile als Vergewaltiger dargestellt werden. Auch wenn pädophil zu sein nicht heißt, gegen dieses System grundsätzlich zu sein (was bei Schwulen oder Frauen z.B. auch nicht so ist), so sind sie eine gesellschaftlich unterdrückte Minderheit, die im Abseits dahinvegetiert.
Falls mensch an einer auseinandersetzung interessiert ist, bei der die Betroffenen selbst zu Wort kommen der/dem seien folgende bücher empfohlen:
"Pädophile Erlebnisse" (wissenschaftliche Untersuchung) von Theo Sandfort, Gerd J. Holtzmeyer Verlag
"Der pädosexuelle Komplex" von Angelo Leopardi, Foerster-Verlag
Ich hoffe auf eine konstruktiv-kritische Auseinandersetzung.

KAMPF DEM PATRIARCHAT!!!

ein autonomer Schwuler und schwuler Autonomer

*diese behaupten leider auch, daß es keine freiwilligen Beziehungen zwischen Erwaxenen und Kids geben kann, was ihnen durch ihre Arbeit wohl immer wieder vor Augen gehalten wird...



Zum Text "Pädophile als Vergewaltiger?"

Über diesen Text gab es in der Redaktion eine längere, sehr kontrovers geführte Diskussion. Einer der Punkte, an dem es ein "Hin und Her" gab, war die Frage, ob die INTERIM überhaupt der richtige Ort für eine Auseinandersetzung über Pädophilie sein kann:

- Frauen/Lesbenzusammenhänge führen ihre Diskussionen nicht in der INTERIM.
- Kinder kommen in dieser Zeitung gar nicht zu Wort. Selbst ein sensibles Umgehen mit "ihren" Positionen findet nicht statt.
- Wird es damit zur reinen Typen-Diskussion? Hat die eine Berechtigung in einem gemischten Medium?
- Es ist für uns nicht vorstellbar, eine Diskussion um/mit männlichen Hetero-Pädos zu führen.

Wir haben uns trotzdem entschieden, den Text 'reinzunehmen, weil wir es für notwendig halten, daß eine Auseinandersetzung über Pädophilie stattfindet - nicht zuletzt nach den gescheiterten Versuchen im Zusammenhang mit der Indianerkommune/Bergstraße. Dabei darf es unserer Meinung nach nicht nur um Pädophile gehen, sondern allgemein um das Herrschafts- und Gewaltverhältnis von Erwachsenen über Kinder, das leicht durch unser Anti-Kap-Pat-Rass-Imp-Raster rutscht.
Wir konnten uns allerdings nicht darüber einigen, ob der Text "Pädophile als Vergewaltiger?" überhaupt als Ausgangspunkt für diese Auseinandersetzung geeignet ist. Wie gesagt: Bei uns hat er heftige Diskussionen ausgelöst; deshalb hoffen wir, daß er bei Euch ähnliches bewirkt.

Was uns am meisten an dem Text gestunken hat, war der Versuch, das faktische Gewaltverhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern andauernd wegzureden und den 'Rest' hinter 'anderer' gesellschaftlicher Gewalt zu verstecken. Zwar ist es natürlich richtig: "Jede Beziehung zwischen [...] Menschen in dieser Gesellschaft ist problematisch", wenn 'dahinter' ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis steht. Und in der heterosexuellen Welt würden die wenigsten auf die Idee kommen, Hetero-Hetera-Beziehungen ganz und gar zu verurteilen - obwohl wir nach wie vor im Patriarchat leben. Bei pädophilen Beziehungen hingegen fällt es leicht, schnell und allgemein abzuhandeln. Aber das lapidare "Allen Beziehungen ist das beiderseitige Einverständnis und Sensibilität nötig" verwischt vollkommen strukturelle Gewaltverhältnisse, d.h. auch die viel beschränkteren Möglichkeiten von Kindern, sich gegen Erwachsenen-Gewalt zu wehren (oder schon allein sich ihr zu entziehen). Der Gipfel ist dann die Umkehrung, wonach die (schwulen) Pädos, aufgrund der Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, den Kids "ausgeliefert" seien.
Und für wen soll die Äußerung, daß "Beziehungen zwischen erwaxenen Schwulen oft gewaltsamer verlaufen, als zwischen Jungen und Männern", ein 'Trost' sein oder was soll sie beweisen? Das gleiche gilt für den zynischen Hinweis: "die Behauptung, daß Pädos Kindern ihre Sexualität aufzwingen, mag zwar in manchen Fällen zutreffen, doch nicht mehr, wie in der kleinbürgerlichen Hetenbeziehung" - über die der Schreiber weiter unten sagt, daß dort Vergewaltigungen permanent vorkommen. Einer der wesentlichen Punkte, um die es in dieser Diskussion gehen müßte - der sexuelle Mißbrauch an Kindern - wird durch Formulierungen wie "Andererseits kann es auch dazu kommen", "eher Ausnahmen" usw. verharmlost. Und ausgerechnet in diesem Zusammenhang wird mit wenigen Sätzen die unterdrückte Kindersexualität als Argument angeführt und suggeriert, daß Pädos und Kinder sich deshalb in einer gesellschaftlich ähnlichen Situation befänden. Wir können uns aufgrund der extrem verschiedenen Stellungen im Gewaltverhältnis keine/kaum (?) akzeptable Formen des Auslebens dieser Sexualität vorstellen. Dennoch halten wir eine kritische Auseinandersetzung zwischen Päderasten für wünschenswert.

Einige Männer aus der Redaktion

Anmerkung: "Wildwasser" ist kein halbstaatliches Hilfsprojekt, sondern ein Selbsthilfeprojekt von Frauen und Mädchen, die auch Senatsknete erhalten.

Ein Frauenstreiktag muss ein Frauenkampftag sein



Wir haben in der Nacht auf den Frauenstreiktag, 14. Juni 1991, den Schweizerischen Arbeitgeberverband und den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins mit Farbe kübelweise versehen und unsere Parolen angebracht. Beide Verbände sind organisierter Ausdruck des Kapitals. Der erste ist auf Regeln und die Ausbeutung der Arbeitskraft spezialisiert, der letztere auf wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wie z.B. EG und EWR.

Unzählige Frauen sind heute, am 14. Juni, in irgendeiner Form in Aktion. Trotz jahrzehntealter Be"fried"ungspolitik der "Sozialparter" - das heisst der Gewerkschaftsbürokratien und der Unternehmer - drückt durch, dass unzählige Frauen gegen die wachsende Ausbeutung und Gewalt kämpfen wollen.

Der Wille von Frauen zu kämpfen kommt nicht nur am 14. Juni 1991 zum Ausdruck. Einige Beispiele sollten den umfassenden Charakter von Frauenkämpfen verdeutlichen: Der immer wieder aufbrechende Frauenwiderstand in Spitälern und Heimen, Frauenkämpfe gegen zerstörerische Arbeitsbedingungen und Entlassungen in der Textilindustrie, Frauenwiderstand gegen sexistische und sexistisch-rassistische Gewalt, gegen Repression gegenüber drogenabhängigen Frauen, gegen die Ausbeutung der sogenannten "Dritten Welt" durch Schweizer Kapital, gegen Prostitutionstourismus und Frauenhandel, gegen die Zerstörung des Lebensraums von Frauen, gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, gegen eugenische Bevölkerungspolitik.

Mit unserer Aktion wollen wir ansatzweise unsere Auffassung von Frauenstreik darstellen. Wir sind aus unterschiedlichen politischen Strömungen, kommunistischen, feministischen... Wir haben unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Frauen diese Gewalt und Ausbeutung beseitigen können. Unsere Aktion und unsere Erklärung beschränken sich auf die Punkte, in denen wir übereinstimmen.
Wir haben unter uns unterschiedliche Auffassungen davon, was alles gesellschaftliche Arbeit ist, und wer alles Frauenarbeit ausbeutet. Aber wir stimmen überein, dass das heute herrschende System auf der Ausbeutung von Arbeitskraft beruht. Deshalb ist der Streik - die Verweigerung der Arbeit auf Kosten des Ausbeuters - ein wichtiges Kampfmittel. **Ein Frauenstreiktag muss ein Frauenkampftag sein. Mit unserer Aktion wollen wir ausdrücken, dass jeder Befreiungskampf von Frauen den praktischen Angriff gegen Kapital (und folglich auch seinen Staat) einschliessen muss.**

In der Schweiz unterschreiben die Gewerkschaften seit Jahrzehnten mit jedem Gesamtarbeitsvertrag ein absolutes, Streikverbot während der Vertragsdauer. Mit dieser Politik des Arbeitsfriedens und anderen Instrumenten der sozialen Befriedung tragen der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die Sozialdemokratische Partei (SPS) die wichtigste Voraussetzung des Finanzplatzes Schweiz mit: Die Schweiz funktioniert als Standort multinationaler Konzerne und Banken, die ungestört von Streiks, anderen Kämpfen oder auch internationalen Sanktionen die Völker der sogenannten "Dritten Welt" ausplündern und die Arbeitskraft hier ausbeuten.

Jeder Befreiungskampf von Frauen muss internationalistisch sein. Das bedeutet, dass Frauenkampf hier den Angriff gegen die reformistischen Bürokratien von SBG und SPS einschliessen muss.



Um den praktischen Angriff voranzutreiben, finden wir Aktionsbündnisse von unterschiedlich orientierten Frauen wichtig.
Kapital und Staat haben in den letzten Monaten in ihre Umstrukturierungen und Kostensenkungen investiert. Wie in früheren Krisen entlassen sie zuerst und vorallem Frauen ohne schweizer Pass, in zweiter Linie Frauen mit schweizer Pass. Zehn Jahre Gleichberechtigungsartikel in der Bundesverfassung waren zehn Jahre wachsende Arbeitslast, wachsende Armut und wachsende Gewalt gegen Frauen. Die Unternehmer haben vom ersten Tag an auf die Gleichberechtigungsideologie zurückgegriffen: um die Nachtarbeit von Frauen noch grenzenloser auszuweiten, um die Scheidungsalimente zu senken oder zu streichen, um die Mehrfachbelastung erwerbstätiger Frauen und den Ehezwang nicht-erwerbstätiger Frauen über die 62 Jahre hinaus zu verlängern...

Mit dem Gleichberechtigungsartikel, Gleichstellungsbüros usw. versuchen SGB und SPS uns Frauen ihre alte, reformistische Ideologie einzuhämmern: verzichtet darauf zu kämpfen - vertraut statt dessen auf den Staat, seine Verfassung, seine Gerichte, seine Gesetze. Unter dieser Ideologie versuchen SGB und SPS seit Jahrzehnten alle Streiks und jeden Widerstand von unten zu sabotieren. Heute versuchen sie mit dem Frauen"streik", die immer wieder aufflammenden Frauenkämpfe ausserhalb gewerkschaftlich-sozialdemokratischer Kontrolle zu kanalisieren und entradikalisieren.

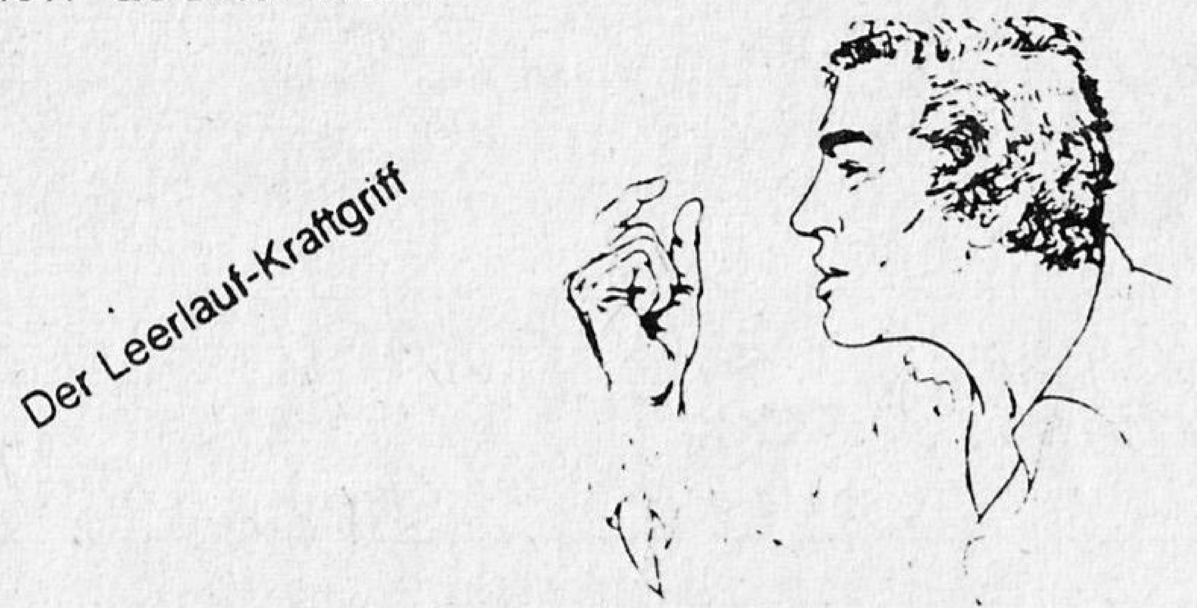
Die Gewerkschaftsbürokratien stellen heute weniger als je den Arbeitsfrieden in Frage. Aber für den 14. Juni rufen sie uns Frauen zum Streik auf - das heisst zum Verstoss gegen die von ihnen mitunterzeichneten Streikverbote! Mit dieser verlogenen Haltung lassen die Gewerkschaftsbürokratien den Unternehmern freie Hand, Frauen lächerlich zu machen, sonstwie sexistisch anzugreifen, unter Druck zu setzen, den Streik zu unterlaufen, die Kosten auf die Frauen abzuwälzen - und schlussendlich auch streikende Frauen zu entlassen. Eine Woche vor dem 14. Juni haben Bürokratinnen vom SBG und SPS den Arbeitsfrieden und den damit zusammenhängenden schweizerischen Nationalismus bekräftigt: der Frauen" streik" dürfe nicht "arbeitskämpferisch" werden. Vielleicht führe er gar zu einer "Neudefinierung des Streikbegriffs nach Schweizerinnen-Art"! Während die Ausbeutung und Gewalt gegen Frauen schärfer werden, zielen SBG und SPS auf eine "Neudefinierung des Streikbegriffs", die das Kampfmittel Frauenstreik in ein Alibi des Arbeitsfriedens verkehrt!

Durchbrechen wir ihre sozialpartnerschaftliche Be"fried"ungspolitik - entwikkeln wir die Kontinuität unserer Frauenkämpfe!

FÜR EINEN STARKEN, REVOLUTIONÄREN FRAUENKAMPF HIER!

Redebeitrag zur Treuhand

Mit der Währungsunion wurde auf einen Schlag eine mehr oder weniger funktionierende nationale Ökonomie nach herrschenden Maßstäben wertlos. Der ungeschützten Konkurrenz mit dem Weltmarkt, bzw. der BRD unterlag sie praktisch vollkommen.
Die Folgen sind fast täglich in den Zeitungen zu lesen: Massenentlassungen, Frauen wieder zurück an Heim und Herd (Nicht so oft zu lesen, Anm. des Tippers), massiver Rassismus und Nationalismus von Menschen, die sich an das letzte klammern was ihnen scheinbar geblieben ist, ganz abgesehen von den vielen alltäglichen Grausamkeiten, die sich Männer für Frauen ausdenken.



Das Instrument für die sog. Abwicklung ist die Treuhand. Allein der Begriff des Nationalsozialismus, mit dem die Arisierung jüdischen Besitztes schönfärberisch umschrieben wurde, spricht für das Geschichtsbewußtsein der herrschenden Klasse. Ihre Aufgabe war es, die konkurrenzfähigen Betriebe zu privatisieren und den Rest zu liquidieren. Das Dumme an der Sache ist, daß der Großteil des westdeutschen Kapitals (wobei zu untersuchen wäre, welche Branchen, der Tipper) an Ostdeutschland nur als Absatzmarkt, nicht aber als Investitionsgebiet Interesse hat. Der Bedarf an West-Waren kann zudem durch eine höhere Auslastung der Maschinen im Westen gedeckt werden. Auch als Billiglohngebiet ist die ex-DDR auf Grund mangelnder Infrastruktur bis jetzt relativ uninteressant. Der Westen floriert - der Osten krepiert.



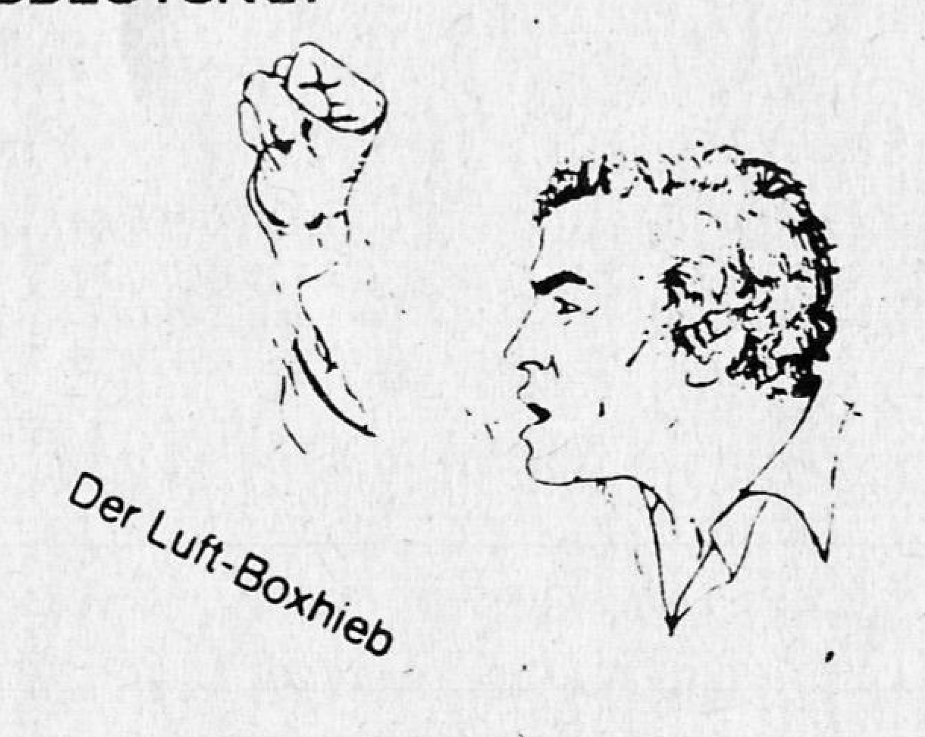


Was erleben wir zur Zeit?
Erstens: Die BRD wird zum Kreditnehmer, während sie früher einer der großen Kredigeber auf dem Weltmarkt war. Sie tritt also in dieser (nicht unwichtigen) Beziehung in Konkurrenz insbesondere zu den USA. Die Zinsen steigen, mit den absehbaren Folgen: Nachlassende Investitionen, nachlassende Kaufkraft, Inflation.
Zweitens: Ein gigantischer Angriff auf die Löhne der ArbeiterInnenklasse, um die ernormen Kosten der



Einheit zu finanzieren. Zum Einen werden direkte Steuern, wie die Lohnsteuer, als auch indirekte, wie die Mehrwert- und Mineralölsteuer, massiv erhöht, während gleichzeitig Steuern auf die Gewinne von Kapitalbesitzern abgeschafft werden. Zum Anderen werden Kürzungen in dem für das Kapital scheinbar unproduktiven Sozialbereich durchgesetzt, was insbesondere zu Lasten von Frauen gehen wird, die die vergesellschafteten Arbeiten wieder in "Heimarbeit" erledigen müssen.
Drittens wird der Traum von Gewerkschaften und Sozialdemokraten verwirklicht: Beschäftigungsgesellschaften und Qualifizierungsprogramme werden großflächig eingerichtet, um die Verarmung der ostdeutschen Bevölkerung abzufedern - finanziert durch Arbeitslosengelder, also wiederum durch die ArbeiterInnenklasse selbst.
Viertens wird die Treuhand zu einer Superbehörde, die in klassisch 'planwirtschaftlicher' Manier die ostdeutsche Wrtschaft sanieren und in geordnete Bahnen lenken soll.
Was sollte dies für uns (die Szene) heißen: Zum Einen, daß in den Projekten, in denen ein Teil der Szene arbeitet, versucht werden sollte, den Kürzungen - seien sie nun direkt wie bei den Ambulanten Diensten über den Einsatz von ZDLern im gleichen Bereich oder direkt wie bei Frauen- und Lesbenprojekten - Widerstand entgegenzusetzen und sich nicht in Konkurrenz um Staatsknete zueinander drängen zu lassen. Dasselbe müßte in den Unis passieren, in denen ebenfalls massiv "abgewickelt" wird.
Zum Anderen heißt es Widerstand gegen die Kosten und Folgen der Einheit zu entwickeln: Gegen den Lohnklau (Remember Poll-Tax in England), gegen Mietsteigerungen, gegen den Regierungssitz und Olympia und natürlich überhaupt.

FÜR ALLE ANTIS!!!
FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN OHNE HERRSCHAFT UND AUSBEUTUNG!



gehalten auf der Demo am 17.6.1991

WEHRT EUCH!

Der Braune Terror in der BRD und der Ex-DDR nimmt mehr und mehr zu: Im Juni überfielen Neonazis ein AusländerInnenwohnheim in Pankow und verprügelten die BewohnerInnen. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Übergriffen der Nazis und ihrem Umfeld gegen Jugendliche, AusländerInnen und Linke vor dem Jugendclub Husemann, Johannes-R.-Becher-Str., dem Jugendclub Grabbe, Grabbeallee, dem Jugendclub Buch 1 in Buch, der Gaststätte Zur Molle, Schillerstr., vor dem Kino Lunik in Wilhelmsruh, im Musikcafé in der Berliner Str. und und und... Naziparolen sind an vielen Bus-, S- und U-Bahnhaltestellen zu finden. In Wilhelmsruh machen jugendliche Faschisten straff organisiert Jagd auf AusländerInnen. Die Liste der Übergriffe läßt sich tagtäglich fortsetzen.



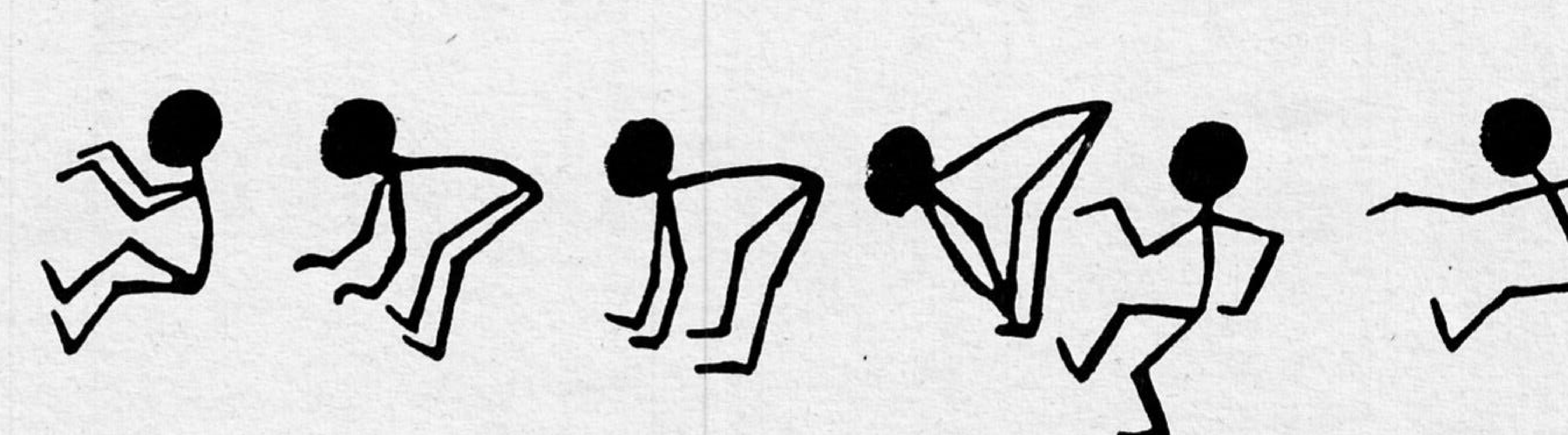
Die Hochburgen der Neonazis sind die ehemaligen Hochburgen der SED-Betonköppe. Nicht nur aus Protest gegen ihre Eltern haben sich die Jugendlichen nach rechts entwickelt: auch die lebensfeindliche Umgebung der Betonkultur in den Hochhausghettos, sowie die fehlende Infrastruktur in den ländlichen Vororten, haben die Jugendlichen geprägt. Die Aktivitäten rechtsradikaler Organisationen, die dort massiv auftraten, führten schließlich zu starkem Zulauf. Die Deutschtümelei im Vereinigungstaumel hat den Nazismus wieder gesellschaftsfähig gemacht. Die totale Vereinnahmung durch die kapitalistische Konkurrenz und die karrieristischen Ellenbogenkämpfe, um der drohenden Verelendung zu entgehen, haben das faschistische Denken weiter gefördert und gleich die Sündenböcke für all die entstandenen Probleme abgestempelt: Die AusländerInnen.

Kontakt: Rat & Tat, Liebenwalder Str. 16, 1 Berlin 65, Freitags, 16–18 Uhr

Potz-Blitz nach Potsdam.

BERICHT AUS DER PROVINZ - POTSDAMER HÄUSER MELDEN SICH:
Nicht nur aus gegebenem Anlaß (Fascho - Aufmarsch am Sa., 6.7. hier in Po) melden wir uns jetzt auch mal!
Kurz zu unserer Geschichte und zu den jüngsten Ereignissen: Seit Februar 91 gibt es im sich neben Berlin rasant entwickelnden BONZDAM einige Häuser mehr als die Dortu 65 und die Albert-Einstein, die ja schon auf eine etwas längere Zeit zurückblicken können, aber noch keineswegs "gesichert" sind. Neben einigen "stillen" Besetzungen gibt es etwa ein dutzend Häuser mit "Zusammenhängen", eine Kneipe mit VoKü nearly every day, ein Frühstückscafe, einen second handshop, einen "Laden für Energien aller(!) Art", einen Kindergarten, achja, eine etwas schickere "bar"- von journalisten mittlerweile als "Infocafe" bezeichnet - und... eine Menge Leute, mit power und Wut, weil sie hier aus P. die Berliner schickimeile a la: erst nach Sanssouci, dann an den Banken vorbei durch die Boutiquen, anschließend ins Feinschmeckerrestaurant und zum Schluß in den Puff, während sich Madame Mozart im Schloß reinzieht. Das bei solchen Plänen leider die hier noch wohnenden auf der Strecke bleiben, sprich im Ghetto landen, ist innen genauso bewußt wie scheißegal. Hinzu kommt, daß sich die Bonzen aus Wirtschaft und Politik hier in der Gegend ihre Villen am See an Land ziehen wollen, Hotelketten und businessparks geplant werden etc. etc....
Na ja, wem erzählen wir das eigentlich?
Noch sind wir jedenfalls hier und zeigen unsere Krallen, so gut es geht (es könnte sicherlich noch viel besser!!!) und das ja nun nicht nur, weil wir in den Häusern sitzen, die sie so gernne luxusmodernisiert und teuer verscherbelt hätten. Hier in der Altstadt ist es wirklich wunder-wunderhübsch, geradezu idyllisch und wenn wir nicht hier wären, würde es vielleicht sterbenslangweilig sein... Nebenbei bemerkt stehen noch über 100 Häuser allein in unserer näheren Umgebung leer.
Dies ist eine Aufforderung zu Straftaten, denn es gibt seit ner Zeit die Potsdammer Linie, nach der Hausbesetzungen strafbar sind und Neubestzungen überhaupt nicht mehr geduldet werden - pfui! (Blödhirne, Sexisten, Spinner, Spanner u.ä. sollten also lieber zu hause bleiben!)
Natürlich wollen wir niemanden aus der Hauptstadt aller Hauptstädte verleiten, von dort nach hier abzurücken - haltet die Stellung, jedes Haus ist wichtig! Solltet ihr jedoch irgendwelche wagemutigen wohnungssuchende kennen, die ein paar km Abstand suchen....

Probleme bereitet uns z.Zt. die von Bürgermeister MOTZKUS (cdu) mit Erfolg eingeleitete Hetzkampange nach erfolgter Hausdurchsuchung in drei Häusern (die demo danach war ganz nett: 100 Leute, keine cops, drei fette Daimler, paar Scheiben und so), der wir aber zur Leibe gerückt sind. Trotzdem sind Durchsuchung, ED-Behdlg., Hetze (angeblich 150 Straftaten auf unser KOnto!) und dumme Lügen die Vorbereitung für anstehende Räumungen. Laut info soll Motzkus beteuert haben, daß bis September aufgeräumt sein soll... na, wir wollen sehen!
Aufräumen wollen auch Motzkus Freunde, die faschos, am Wochenende, wo sie hier ein Treffen mit Demo-Aufmarsch angekündigt haben, danach wollen sie die Gutenbergstraße auf- bzw. abräumen. Zur gleichen Zeit findet im "Lindenpark" ein Ska-konzert statt! Bislang haben sie sich bis auf einige Ausnahmen nicht zu uns getraut, wohl weil sie wissen, daß sie hier sofort eins aufs Maul kriegen, wenn sie erwischt werden. Die hauptsächlich aus Babelsberg stammenden Idioten sind nicht besonders gut organisiert, bringen aber schon recht häufig aktionen mit 5 - 20 Leuten, häufig im und aus dem Auto. Außerdem erhalten sie wohl Unterstützung aus Wannsee oder umliegenden Käffern, wo es zum teil wesentlich übler abgeht als hier!
Da die Potsdamer Bullen unfähig sind - im Ernstfall holen sie hier gleich BGS - ist übrigens an die Aufstellung einer Schutztruppe ähnlich der U-Bahn sheriffs gedacht. Die sollen dann die Fugäzone ("broadway) und die Strabahs "sauber" halten - damit wir uns alle ganz sicher und geborgen fühlen können. Vermutung: Die überaus miese Ausstattung der hiesigen Bullerei bietet erst den Vorwand zum Erstellen dieser Faschotrupps - und alle schreien "ja!"
Aber nun genug gelabert, hier nochmal der Aufruf an alle für den 6.7., hierher zu kommen. Wir machen ditschko und (hoffentlich ausreichend!) Vokü - wär geil, wenn ihr kommt.
Grüße von den PotsdamerInnen.



Sozialprojekt verkommt zum Nazi-Center!

Ein Sozialarbeiter auf dem Profilierungstripp

Allerorten wird er bestaunt und gelobt, der Michael Heinisch, Sozialarbeiter der evangelischen Kirche Berlin/Brandenburg und seit einigen Jahren Leiter des Lichtenberger Kirchenprojektes mit "rechtslastigen Jugendlichen".

Es gibt mittlerweile kaum noch Medien innerhalb der "BRD", die nicht über ihn und sein Projekt geschrieben haben. Er gilt als "DER" Fachmann in Punkto "Resozialisierung von Rechtslastigen".
Skins, Hools, rechte Kids, selbst Faschos, haben Vertrauen, akzeptieren ihn und hören sogar auf das, was er sagt.



(Heinisch über sich selbst)
Seit Dezember '90 nun hat das Projekt Heinisch ein Haus, das ihm vom Stadtbezirk Lichtenberg zugesprochen wurde. Er und "seine Jungs" arbeiten dort. Von der Stadt und der Kirche gesponsert, mit ABM-Verträgen und einem für Ost-Verhältnisse unglaublichen ABM-Lohn von ca. 1600 DM Netto monatlich (ein Teil dieses Geldes ist ein zusätzlicher Zuschuß der Kirche), setzen sie das Haus, Pfarrstraße Nr.111, instand. Gegenüber diesem Haus, also in der gleichen Straße, und das fast ein halbes Jahr länger, sind etwa 10 Häuser besetzt.
Für Heinisch ist das kein Problem. Er sieht dies gerade als Chance, daß Linke und Rechte gemeinsam zusammenleben und sich vertragen. Und "seine Jungs" sind ja keine Nazis und überhaupt friedlich.

Für die Besetzer sieht das ganz anders aus. Sie haben Angst vor dem, was in der Pfarrstr. 111 abläuft. Sie glauben, daß die Stadt das absichtlich so gemacht hat, um einen Konflikt heraufzubeschwören und damit einen Räumungsgrund für ihre Häuser zu bekommen. Außerdem meinen sie, daß die Leute in Heinischs Projekt alles andere als friedlich sind. Sie halten das Haus 111 für ein verdecktes Fascho-Nest.

Fakt ist erst einmal, daß seit einiger Zeit drei Funktionäre und Gründer der neofaschistischen Nationalen Alternative (NA), Frank Lutz, Heiko Baumert und Ingo Hasselbach, in dem Projekt mitarbeiten. Heinisch weiß dem zu entgegnen, daß es sich bei diesen um Aussteiger handele. Bei Hasselbach wäre es immerhin möglich. Wird er doch innerhalb seiner alten Verbindungen als Spitzel und Verräter gehandelt. Seine Kameraden vermuten, daß Hasselbach bei seiner U-Haft im Zusammenhang mit dem Sturm von Diestels Antiterroreinheit auf das NA-Haus Weitlingstr.122, im letzten Jahr, gegenüber der Polizei gesungen haben soll wie ein Vögelchen. Nur die Polizei soll seinen Ausstieg aus der Naziszene bzw. gar ein Anwerben versaubeutelt haben.



Weiterhin soll Hasselbach um sein Leben fürchten und sich aus diesem Grund vor seinen "Kameraden" verstecken. So hielt er sich einige Wochen bei Verwandten auf. Jedoch geht er nach wie vor brav zur Arbeit.

Ganz anders sieht es bei Lutz und Baumert aus. Sie sind zum Beispiel eingetragene Mitglieder der neofaschistischen Neugründung Nationale Offensive (NO). Beide waren Teilnehmer des NA- Parteitags vom Februar '91. Außerdem beteiligte sich Baumert an dem faschistischen Aufmarsch in Halbe Ende 1990. Weiterhin gibt es Infos, daß eine Reorganisierung der Nationalen Alternative (NA) erfolgen soll. Lutz und Baumert wollen demnach mit ihren alten Kumpels aus der Ur-NA an der DA/FAP-Konnektion vorbeiarbeiten. Heinisch will von solchen Aktivitäten nichts wissen. Er steht zu "seinen Jungs".

Am ersten Mai 1991 war der kleine Bruder von Hasselbach, der ebenfalls in Heinischs Projekt arbeitet, bei der Naziveranstaltung in Cottbus anwesend. Dort wurde der verstorbene Michael Kühnen geehrt und seine Nachfolger bestimmt. Doch Heinisch wiegelt ab. Er hat "seine Jungs" im Griff.

Immer wieder kam es zu Übergriffen auf die besetzten Häuser und ihre Bewohner. So wurden Pfarrstraßenleute vor der nahe gelegenen Kneipe "Happen" von Faschos zusammengeschlagen. Eines Nachts verprügelten zwei Rechte in der Kaskelstraße, gleich um die Ecke, einen Mann aus den besetzten Häusern usw. Die alltägliche Anmache und die sexistischen Beleidigungen gegenüber Frauen kommen noch dazu. In den geschilderten Fällen und einigen anderen waren nach Aussagen der Opfer stets Leute aus Heinischs Projekt dabei. Heinisch aber will davon nichts wissen.

In einigen versuchten Aussprachen zwischen Linken und Rechten im Vereinslokal der BI Kugraben e.V. wiegelte er immer wieder ab, strafte die Geschädigten Lügen und bekundete immer wieder die Friedlichkeit "seiner Jungs". Letztendlich steht Aussage gegen Aussage, und Heinisch kann sich der Rückendeckung von Stadtbezirk und Kirche sicher sein. Gerade die Kirche spielt hier eine zentrale Rolle. Das Heinischprojekt ist ein ein Renommierobjekt. Kann doch hier der Niedergang ihrer Rolle als Dach für "entrechtete" und Randgruppen gebremst werden. So ist also auch nicht verwunderlich, daß der Stadtjugendpfarrer Hülsemann sich schützend vor Heinisch stellt.

Auch das Bezirksamt und die Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg sind dem Heinischhaus wohl gesonnen. Ihnen ist dieses Projekt allemal lieber als die besetzten Häuser. Schließlich haben sie doch Heinisch die 111 angeboten. Die Hausbesetzer sind da schlechter dran. Die läßt die WBL am ausgestreckten Arm verhungern. Verträge stehen nicht in Aussicht. Es gibt zwar einen Runden Tisch und Verhandlungen, jedoch ist dies alles nur Kasperletheater.

Eine weitere, dubiose Rolle spielt der Sanierungsträger. Die Linksalternativ/liberale Firma LIST ist im Wedding zu Hause und arbeitet dort, wie mittlerweile auch in Mitte, an Selbsthilfe- und Sozialprojekten. Die Situation in der Pfarrstraße bereitet ihr keine Probleme. Zwar ist man sich der Brisanz bewußt, jedoch gäbe es für sie keine Anhaltspunkte, daß es sich bei Heinischs "Jungs" um Faschos oder deren Sympathisanten handle.

Am 9. Mai 1991 (Himmelfahrt) wurden die besetzten Häuser in der Pfarrstraße von einem großen Haufen Faschos angegriffen. Mit Mollis und Steinen traktierten sie die Häuser bis sie zurückgeschlagen werden konnten. Nach Zeugenaussagen und mit Fotos und Filmaufnahmen belegbar, waren ganz klar Leute aus Heinischs Projekt aktiv daran beteiligt. Heinischs erste Reaktionen altbekannt und mittlerweile gut trainiert: Schulterzucken und abwiegeln. Diesmal wurden jedoch andere Reaktionen nötig. So erhielt Heinisch durch einen Bericht in den ARD-Tagesthemen, einige Tage später erstmals Negativpublicity. Eine Woche später wurden die Pfarrstraßenbesetzer erneut von Rechtsextremisten angegriffen. Nun sucht Heinisch sein Heil in der Offensive. Auf erneute Anfragen gibt er zu, daß an dem ersten Angriff tatsächlich Leute aus seinem Projekt beteiligt waren. Dies würde aber "hausintern" ausgewertet und Konsequenzen haben. Wohl gemerkt "hausintern"! Über andere Lichtenberger Sozialarbeiter war dann zu erfahren, daß diese Konsequenzen darin bestanden, daß einer Person des Projektes der Rausschmiß angedroht wurde. Dies wurde dann in eine vierzehntägige Bewährungszeit umgeändert, während der sich der "BÖSEWICHT" rehabilitieren darf.

Damit scheint für Heinisch das Problem erledigt und es kann zur Tagesordnung übergegangen werden. Alles im Griff!

Heinisch hat seine "Jungs" alles andere als im Griff oder er toleriert derartiges wissentlich. Er ließ sich vor den Karren der Machthaber dieser Stadt spannen und benutzen. Er hat Selbstvermarktung betrieben und sich von Pressetermin zu Pressetermin begeben.

Sein Projekt ist zur normalen Arbeitsstelle verkommen. Mit Gemeinschaft ist da nicht viel los. Es gibt einen tiefen Bruch in der Gruppe, nur wenige glauben noch immer an Heinisch. Die meisten "seiner Jungs" sind ihm schon lange aus den Händen geglitten und glauben sich von ihm betrogen. Hinter seinem Rücken heißt er "Schummel-Heinisch". Die drei "Linken" aus dem Projekt sind ausgestiegen und arbeiten nun (weiter für LIST) im Wedding.

Heinischs ehemalige, langjährige Vertraute, Mitarbeiterin und Freundin wurde von ihm und mit Hilfe der Kirche aus dem Projekt gedrängelt. Ihre Bindung zu Leuten aus dem Projekt wäre, laut Heinisch, zu stark und würde dem abträglich sein. Heinisch regiert uneingeschränkt, nach allen Seiten abgesichert.

So betreibt man keine Sozialarbeit und so bekommt man keine rechtslastigen Kids "resozialisiert". Es ist zwar äußerst nötig, mit sozialen Projekten ein Auffangbecken zu schaffen, um orientierungslosen und faschistisch gefährdeten Jugendlichen eine Alternative aufzuzeigen und ihre Individualität zu fördern. Gerade die Kirche ist dort angefragt, und Geld und Räumlichkeiten stehen ihr ausreichend zur Verfügung. Jedoch kann es nicht sein, daß derartige Projekte einzeln und ohne jede Breitenwirkung zum Renommierobjekt verkommen und dem Sozialarbeiter zur Selbstprofilierung dienen.
In diesem Fall kann es nur heißen: Wenn der Kirche und der Stadt etwas an diesem Projekt liegt, dann muß Heinisch weg und dafür ein wirklich guter Sozialarbeiter her, dem es nicht um sich selbst geht, sondern um die "Jungs".

Daniel Düsentrieb
(very importend person)



Pfarr- /Ecke Kaskelstr.: NA-Funktionäre
(von rechts) Hasselbach und Lutz, (mitte hinten) Heiko Baumert

AUF GEHT'S!!! ZUM BUNDESWEITEN ANTIFA-PLENUM ZU WUNSIEDEL

Cafe "EXZESS"
Leipziger Str. 91
6000 Frankfurt/Main

am 7.7. um 12.00 Uhr

Und so kommt ihr (hoffentlich massenhaft) hin:
A5 bis Abfahrt Frankfurt/Landmannstr., die AM Industriehofstr. entlang, dann leicht rechts in die Steuben-Breitenbacherstr., über die große Kreuzung geradeaus in die Schloßstr., dann die 4. links (Kurfürstenplatz) immer geradeaus in die Kurfürstenstr. und dann kommt ihr direkt auf die Leipziger Str.

INFO-BÜRO FÜR GEFANGENE/HAMBURG

Hamburg d. 27.6.91

Über die GAL/Grüne-Hamburg erreichte uns folgende Meldung.

Hungerstreik im Untersuchungsgefängnis

Nach letzten Informationen befinden sich 178 ausländische Gefangene im Untersuchungsgefängnis im Hungerstreik.
Die Justizbehörde dementiert, weil sie befürchten muß, daß sich nach Bekanntmachung weitere Häftlinge dem Hungerstreik anschließen werden.

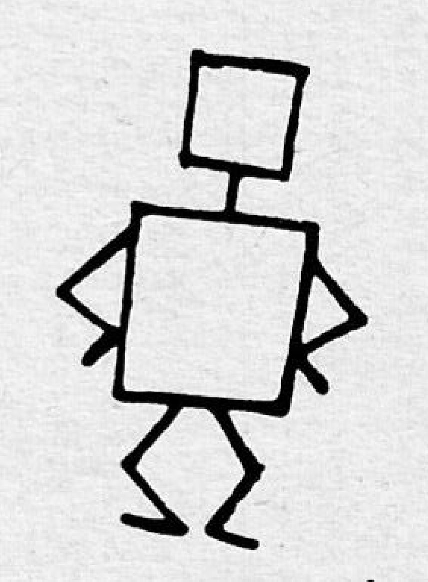
Oliver Müller aus Anstalt II hatte sich gestern, am 26.6.91, zur ärztlichen Untersuchung ins Untersuchungsgefängnis begeben und gleichzeitig die Gelegenheit genutzt, um mit den hungerstreikenden Insassen zu sprechen. Während des ca. neuenstündigen Austausches zwischen Müller und den anderen Gefangenen wurden folgende Forderungen schriftlich festgehalten:

- Änderung der U-Haftpraxis
- schnellere Zuführung bei den Gerichten
- Mahnung an Richter, nicht als 'Werkzeuge' zu fungieren (damit ist gemeint, nach 2 bis 3jähriger U-Haftzeit wird ein Ausländer fast in jedem Fall verurteilt, es gibt ganz selten Freisprüche)
- Verbesserung der U-Haftbedingungen
- wöchentlicher Besuch
- soziale Angebote (Betreuung, Freizeit)
- Zusammenlegung gleichsprachiger Nationalitäten, wo es möglich ist
- häufigeres Duschen
- Angleichung an die Strafhaftpraxis

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK IM UG
FÜR BESSERE HAFTBEDINGUNGEN!



INFO-BÜRO FÜR GEFANGENE/HAMBURG



HH, 27.7.91.

Uns erreichten folgende Informationen aus Portugal :

In dem Prozeß - der sogenannte Fall FUP/FP 25(Forcas de Unidad Popular/Forcas Populares 25 April)- gegen ungefähr 90 linke politisch aktive Frauen und Männer, die auf ganz verschiedene Art und Weise gegen den Faschismus in Portugal gekämpft haben und sich nach dem 25 April 74 mit ihrem Leben engagiert haben in den verschiedenen Volksstrukturen, auf dem Land, in der Fabrik, in der Stadt, in den Stadtteilen ....um die politischen sozialen, ökonomischen Strukturen wirklich zu verändern - Die Basisdemokratie.
Wir wollen jetzt über uns entscheiden !
Der Prozeß-Verfolgung-gegen diese Menschen, hat 84 angefangen und läuft immer noch.
Draußen und im Knast sind diese Frauen und Männer auf verschiedene Arten immer noch verfolgt. Seit 8 Jahren läuft dieser Prozeß ohne Ende und ohne irgendeinen Abschluß. Vieles ist in dem Prozeß absurd und es ist jetzt nicht möglich alles zu erzählen, aber 2 Beispiele:

- Der gleiche Richter: der die Anklage geschrieben hat, hat auch den Prozeß geleitet(das ist schon Grund genug den Prozeß zu annulieren)
- Mit der gleichen Anklage gibt es welche die verurteilt sind und im Knast sitzen und andere die draußen sind, für die der Prozeß noch offen ist

Jetzt geht es darum das 9 von denen die noch im Knast sitzen am 29 Mai 91 einen Hungerstreik angefangen haben, sie fordern eine politische Amnestie!
8 von ihnen sind im Krankenhaus(3 haben jetzt die künstl. Ernährung verweigert)einer ist noch im Knast.
Sie sind entschlossen den Hungerstreik zu machen bis sie Draußen sind !

FREIHEIT FÜR ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN !

Die Namen der Gefangenen sind:
Alberto Teixeira de Carvalho
Baptista Dias
Honorio Marques
Fernando Calcão Bernardes
José Santos Silva
José Valentin de Sousa
Daniel Tavares
Francisco Santos
Seiceira

Briefe und Solierklärungen an:
Pró Amnistia/Abril
L.S. Pedro de Alcantara
1° Andar LISBOA Portugal .

Die Erklärung der Gefangenen werden wir öffentlich machen, sobald wir sie haben.

GEGEN DIE STAATSSCHUTZLÜGEN VON DER "ZELLENSTEUERUNG"

DIE POLITISCHEN GEFANGENEN DÜRFEN NICHT LÄNGER GEISELN DES STAATES GEGEN UNS SEIN

seit wochen läuft eine kampagne der bundesanwaltschaft, angeschoben von den reaktionärsten teilen von cdu/csu, die das ziel hat, selbst die minimalen verbesserungen und schritte in richtung zusammenlegung, die im letzten hungerstreik erkämpft wurden, wieder rückgängig zu machen. die kleingruppe in ossendorf voll zerschlagen werden. die kriminalisierung der anwälte läuft auf hochtouren. selbst die kontaktsperre ist dieser in die diskussion gebracht worden - ziel von all dem ist es, gefangene guerillas und politische gefangene überhaupt, lebendig einzubetonieren und in der isolation brutal zu foltern.

die gefangenen hatten mit ihrem hungerstreik 89 nur kleine schritte in richtung auf ihre forderung nach zusammenlegung erreicht. aber selbst dieses minimale nachgeben wird heute von der staatsschutzpropaganda verfälscht und auf den kopf gestellt. in der aktuellen kampagne wird versucht, ihr nachgeben auf den harten kampf der gefangenen und die breite unterstützung dieses kampfesquer durch alle widerstandsbereiche und kritischen gesellschaftlichen gruppen heute so darzustellen, als wäre zb die kleingruppe in ossendorf nicht ergebnis vom zusammenwirken dieser kämpfe, sondern von anfang an der plan des apparats gewesen, mit dem die gefangenen gebrochen werden sollten.
aber es wird dem staatsschutz nicht gelingen die geschichte zu verfälschen weil all die vielen unterschiedlichen menschen und gruppen, die damals den kampf für die zusammenlegung aufgegriffen und zu ihrer sache gemacht hatten, ihre gründe nicht vergessen haben. das kann auch überhaupt nicht so sein, weil die gründe fast all dieser menschen in ihrer eigenen tagtäglichen erfahrung von erniedrigung, unterdrückung und zerstörung in diesem system liegen - d a r a u s haben viele die forderung der gefangenen verstanden und aufgegriffen.

gerade das zusammenwirken der unterschiedlichsten kräfte zusammen mit den gefangenen für die durchsetzung der zusammenlegung im hungerstreik 89 hat den staat wie bis dahin nie damit konfrontiert, daß der kampf der politischen gefangenen gesellschaftliche realität ist und so begriffen wird.
aber 89 war auch die zeit wo sich im nationalen wie im internationalen rahmen der imperialistische machtwahn dahin gesteigert hat, daß sie in allen auseinandersetzungen nur noch auf polizeilich-militärische lösungen gesetzt haben. diese linie, alles nur noch plattzuwalzen, hat sich seitdem durchgesetzt: von der annektion der ddr bis zum ausrottungskrieg gegen das irakische volk, aber auch bei der sofortigen räumung besetzter häuser, der völligen ignoranz gegenüber der verzweifelten lage von millionen menschen in der ex-ddr, den staatlich sanktionierten angriffen von faschisten auf ausländer, flüchtlinge und linke usw.
die gefangenen waren damals mit ihrem streik sozusagen die ersten, die mit dieser walze konfrontiert waren und die ihre forderungen nicht durchsetzen konnten.
auch deshalb hat die frage, ob der staat heute erneut gegen die gefangenen eskalieren kann oder ob alle , die 89 den streik aufgegriffen haben jetzt einen neuen anlauf machen um die zusammenlegung endlich durchzusetzen, bedeutung für die gesamte weitere entwicklung der kämpfe hier. auch daran wird sich entscheiden, ob wir uns an konkreten fragen durchsetzen können und so eine menschliche entwicklungsrichtung erzwingen oder ob die zerstörung immer weiter geht.

ein muster, nach dem seit jahren immer wieder angriffe gegen die gefangenen laufen ist: eine aktion von uns trifft diesen staat und seine eliten bis ins mark, wie jetzt die gegen rohwedder, und ihre ganze wut entlädt sich gegen unsere gefangenen genossinnen und genossen.
daß reaktionäre und faschistische regimes gefangene als geiseln gegen revolutionäre- und befreiungskämpfe nehmen hat geschichte. das haben die nazis genauso gemacht wie militärdiktaturen in lateinamerika und auch hier ist die sache so alt, wie es gefangene aus bewaffnet kämpfendengruppen gibt.
aber letztendlich nimmt der apparat aktionen von uns nur zum anlaß, um sein vernichtungsinteresse gegen die gefangenen weiterzutreiben, propagandistisch wird es dann so verpackt, als wären wir die ursache für staatliche folter und brutalität.

der hebel, über den sie diesmal wieder den terror und die eskalation gegen die gefangenen begründen, ist das konstrukt der "zellensteuerung" - und daswollen und können wir ihnen aus der hand schlagen.
unser angeblicher "aktueller auftrag der gefangenen" soll laut spiegel, taz, welt usw. die entführung von vw-vorstand goeudevert sein.
doch gerade an der dummheit dieser behauptung kann wirklich jede und je er, der oder die es wissen will das ganze staatsschutz-lügengebilde durchschauen.
denn hätten sie tatsächlich auch nur einen einzigen vagen hinweis darauf, welche aktionen wir planen, dann würden dort specialeinheiten aufgebaut, um welche von uns zu verhaften oder zu erschießen.

DIE ZUSAMMENLEGUNG DURCHSETZEN -
DEN WEG FÜR DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN ERÖFFNEN

SOLIDARITÄT MIT UNSEREN GENOSSINNEN UND GENOSSEN VON
ACTION DIRECTE, DIE IM HUNGERSTREIK SIND

rote armee fraktion
23.6.1991



Von den wilden afrikanischen Stämmen

In den letzten Monaten häufen sich in der bürgerlichen Presse Berichte von "blutigen Stammesfehden" in Südafrika. Das rassistische Schlagwort von den "Stämmen" muß immer wieder dafür herhalten, um soziale und politische Verwerfungen in den nachkolonialen afrikanischen Gesellschaften zu "erklären".

Da heißt es dann beispielsweise: "Wieder blutige Stammesfehden in Südafrika: In Soweto protestierten Zulu-Krieger - Anhänger der konservativen Inkatha-Partei - gegen die Anti-Apartheidsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC). Bei Stammeskriegen zwischen Zulus und Xhosas, die den ANC unterstützen, starben mittlerweile 55 Menschen." (Nürnberger Nachrichten, 20.11.90) Zum Anfang Oktober 90 in Ruanda ausgebrochenen Bürgerkrieg war die Schlagzeile: "Grausame Stammeskriege erschüttern Ruanda seit der belgischen Kolonialzeit." (Nürnberger Nachrichten, 6./7. 10.90) Was es wirklich mit dem Begriff "Stamm" auf sich hat, versucht ein Text aufzuhellen, den wir der Erlanger Stadtzeitung Was lefft entnahmen.

Mit Ausnahme der Indianer Amerikas wird von "Stämmen" weltweit fast nur noch in Bezug auf Afrika geredet. Hier werden sie als Ursache für alle Probleme herangezogen - mit der Logik wird es dabei nicht so genau genommen: Tanzania ist ein politisch stabiles Land? Klar, in diesem Land gibt es so viele Stämme, da konnte kein einzelner Stamm die anderen dominieren, die mußten sich also einigen! Das Nachbarland Zaire politisch instabil? Klar, in dem Land gibt es so viele verschiedene Stämme, das konnte ja nicht gut gehen!

Schon für die gewaltsame Aufteilung Afrikas durch die Kolonialmächte dienten die "Stammesfehden" zur ideologischen Rechtfertigung: Man habe den Kontinent "befriedet", die Afrikaner und Afrikanerinnen also nur vor sich selbst geschützt. Daß dabei z.B. die deutschen Kolonialisten in "Deutsch-Ostafrika" zehntausende von Einheimischen umbrachten bzw. verhungern ließen, gerät in Vergessenheit.

Modu Alieu BADJIE: „Red Line" (Acrylfarben auf Stoff)

Alle Bilder aus der LOSITO-Ausstellung

Demgegenüber behaupten Historiker neuerdings, daß die afrikanischen "Stämme" erst ein Phänomen der Kolonialzeit sind. Ein wichtiges Kapitel in J. Illiffes "Moderne Geschichte Tanganyikas" (Cambridge, 1979) ist überschrieben: "The Creation of Tribes" - die Erschaffung von Stämmen. Der deutsche Historiker und Afrikaspezialist Helmut Bley geht sogar soweit, zu sagen: "Häufig wurden - nach Kriterien der damaligen Ethnologie - sozio-politische Einheiten, Stämme genannt, serienweise erfunden." (In: Nestvogel/Tetzlaff(Hg.): Afrika und der deutsche Kolonialismus - Berlin, 1987)

Freilich gab es auch im vorkolonialen Afrika Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen, die allerdings nicht immer gewaltsam ausgetragen wurden. Und wichtig hier: Für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe war die gleiche Ethnie nur eines von vielen möglichen Kriterien. Der britische Historiker Terence Ranger: "Die Menschen Zentralafrikas gehörten vielen, einander überlagernden Ideengeflechten und sozialen Organisationen an, und dies gab ihnen viele mögliche Identitäten. Je nach Situation dominierte die eine oder die andere."

Bezugskriterien konnten auch die praktizierte Produktionsweise bzw. die jeweilige Wirtschaftsform sein, neben religiösen und sozialen Kriterien. In größeren vorkolonialen Reichen war auch die Nation - die immer multiethnisch war - ein Bezugskriterium.

Beispielsweise gibt es auf dem Gebiet des heutigen Namibia die ethnische Gruppe der Khoihoi und der San - früher als "Hottentotten" bzw. "Buschmänner" diskriminiert. Es ist nachgewiesen, daß diese beiden Gruppen sich früher nicht streng voneinander abgrenzten, daß die Zuordnung zur jeweiligen Gruppe von der Wirtschaftsform abhing: Die Khoihoi waren Viehzüchter, die San Wildbeuter. Viehzüchter galten als sozial höherstehend, der Wechsel eines Viehzüchters zum Wildbeuter war ein sozialer Abstieg. Aber in beiden Gruppen waren Wechsel möglich, eine strenge Abgrenzung der Gruppen gegeneinander erfolgte erst in der Kolonialzeit.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts vermischten sich in Zentral- und Ostafrika viele verschiedene Völkergruppen, eine Durchmischung, die nicht immer friedlich verlief. Keineswegs herrschten paradiesische Zustände. Aber im Verlauf dieser Prozesse bildeten sich immer wieder verschiedene Hegemonialstrukturen, deren wechselnde Allianzen keineswegs längs starrer Stammeslinien verliefen.



Omar DIANNEH: „Menschen" (Farb- und Filzstift auf Papier)

Dies änderte sich mit dem Vordringen der Kolonialisten: In völliger Unkenntnis und Ignoranz der lokal oft sehr komplizierten, meist eben multiethnischen Hegemonialstrukturen scherten sie alles und alle über einen Kamm: den der Stammeszugehörigkeit. Lebten in einem Gebiet zwei verschiedene ethnische Gruppen, so waren die Grenzen zwischen den Gruppen keine starr fixierten - jetzt aber wurden sie es. Starr wurde jeder und jede der einen oder anderen Gruppe zugeordnet, meist dann auch noch die eine Gruppe zur Herrschenden erklärt. Und die herrschende Gruppe war natürlich auch die wichtigere, ihr wurden eher positive Eigenschaften wie Intelligenz und Lerneifer nachgesagt, oft erhielt diese Gruppe zuerst Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten - so geschehen in den Gebieten des heutigen Ruanda und Burundi. Hier wurde die Herrschaft der Tutsis über die Hutus mit kolonialer Hilfe festgeschrieben. Die Einteilung der AfrikanerInnen in Stämme hatte für die Kolonialisten viele Vorteile: Nicht nur, daß sie als Rechtfertigungsideologie für die koloniale Inbesitznahme verwendet werden konnte (s.o.), sie konnte auch dazu benutzt werden, das Land in politische Einheiten zu unterteilen, eben in Gebiete der Gruppen XYZ. Damit wurde den jeweiligen "Stämmen" ein Gebiet zugeteilt, ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt (ein Beispiel hierfür sind die Massai in Kenia und Tanganyika).

Weiterhin erfolgte langsam eine kapitalistische Durchdringung der jeweiligen Kolonien. Diese Durchdringung war nie gleichmäßig, bestimmte Gebiete wurden stärker "gefördert" als andere. Auf fruchtbaren Böden wurden Plantagen eingerichtet, in kargen Gegenden erfolgten fast gar keine Investitionen. Dies verschärfte die Gegensätze zwischen den (erfundenen) Stämmen: Manche erhielten die Gelegenheit sich ökonomisch zu entwickeln, während andere stagnierten, ihr Wirtschaftssystem vielleicht zusammenbrach.

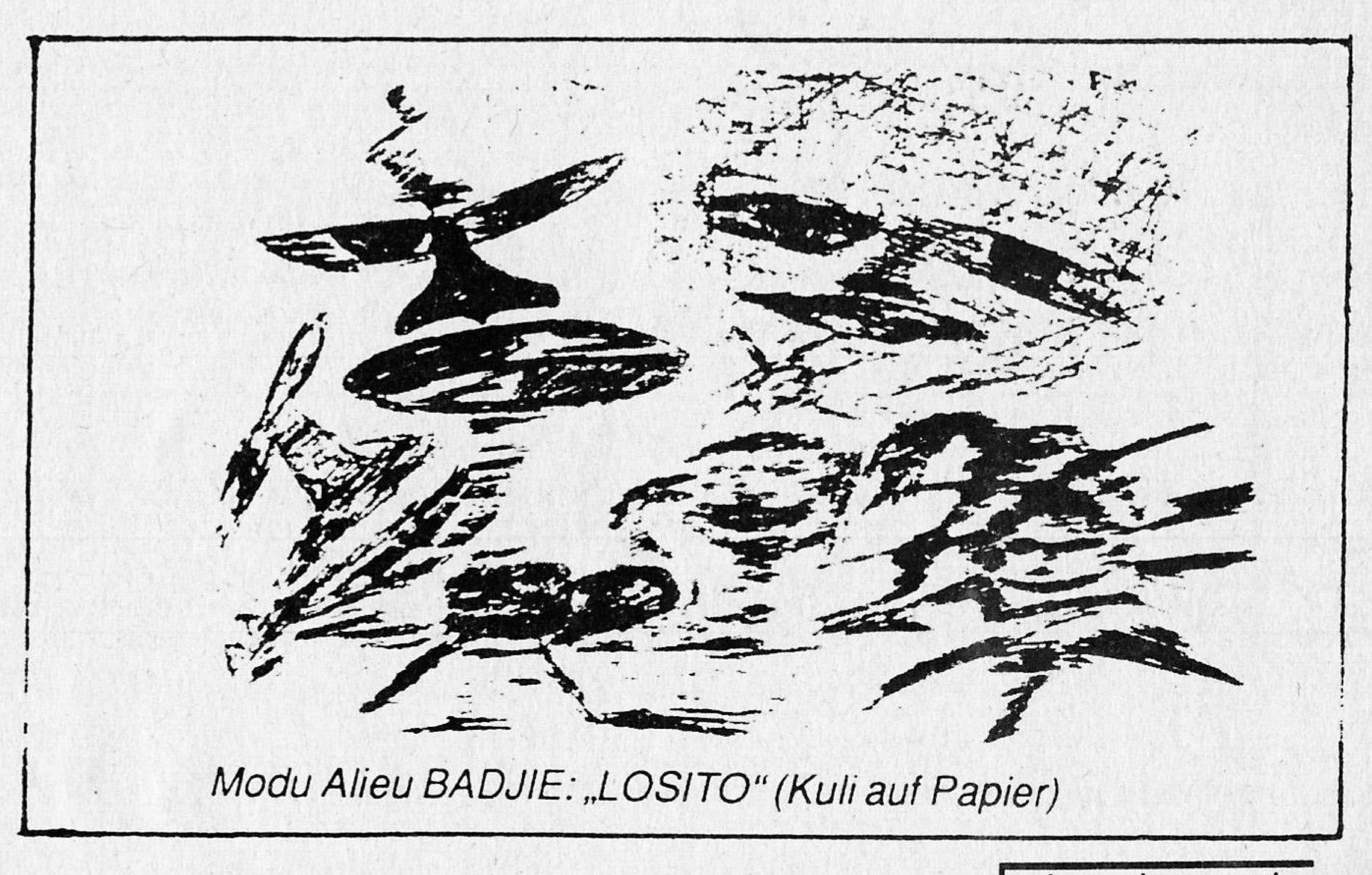
Eigenschaften, die bis heute bestimmten ethnischen Gruppen zugeschrieben werden, wurden z.T. erst im Laufe der Kolonialzeit erfunden. Das in Zentraltanzania gelegene "Ugogo"-Gebiet ist eine sehr karge Gegend, Regen fällt nur 4 bis 5 Monate pro Jahr. Alle Versuche der britischen Kolonialisten, in dieser Gegend "Entwicklungsprojekte" in Gang zu setzen, scheiterten. Dabei wurden Millionen an britischen Pfunden buchstäblich in den Sand gesetzt. Als Schuldige wurde die dortige Wagogo-Bevölkerung ausgemacht: Die seien zu dumm, irgendwas zu kapieren. Ein Vorurteil, das bis heute anhält: Immer noch gelten die Wagogo in Tanzania als etwas beschränkt und schlafmützig.

Einen weiteren Vorteil hatte die Erfindung der Stämme: Wie man ja spätestens seit Karl May weiß, gehört zu jedem Stamm ein Häuptling. So genügt es, sich den Häuptling dienstbar zu machen, um etwa die Steuern einzutreiben - seinen Anteil durfte er dabei behalten.

Allerdings kannten viele Gesellschaften Afrikas gar nicht die Institution eines Häuptlings; in vielen Gesellschaften erfolgte die Machtausübung durch eine ganze Gruppe von Menschen (z.B. die Altesten), die unter sich gleichberechtigt waren. Aber auch ihre Führung mußte nicht kritiklos hingenommen werden, oftmals sorgten komplizierte Mechanismen für ein Gleichgewichtsverhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten. Durch die besonders von den Briten betriebene Institutionalisierung des "Häuptlings" wurden diese Gleichgewichte empfindlich gestört. Plötzlich wurden einem einzigen, der bisher mit anderen gleichgestellt war, ungewöhnliche Machtbefugnisse erteilt. Die Möglichkeit der Korruption wurde so für diese Gesellschaften erst eingeführt.

Unter anderem durch diese Mechanismen entstanden in der Kolonialzeit ungeheure soziale Transformationsprozesse, das bislang gewohnte Orientierungsmuster wurde geändert, wenn nicht gar völlig umgewandelt. Die Afrikaner und Afrikanerinnen wurden dadurch verunsichert, sie suchten nach neuen Orientierungs- und Handlungsmöglichkeiten und griffen die nächstliegenden auf: Sie orientierten sich an ihren "Stammeszugehörigkeiten". So wurden die "Stämme" von der Fiktion zur Realität.

Die Neuorientierung am eigenen Stamm kann dabei vielfältige Anlässe haben, z.B. grenzte man sich gegen die Nachbarn ab, weil man dadurch seinen eigenen Häuptling erhielt. Großstädte wie Dar-es-Salaam spielten möglicherweise eine wichtige Rolle: Auf der Suche nach Arbeit kamen hier Mitglieder vieler verschiedener Ethnien zusammen. Um sich in der unübersichtlichen neuen Situation zurechtzufinden bildeten sich ethnische Gesellschaften, die sich untereinander halfen, etwa im Todesfall die Bestattung oder Rückführung der Toten in



Modu Alieu BADJIE: „LOSITO" (Kuli auf Papier)

ihre Heimat organisierten. Erst hierüber verstärkte sich das Bewußtsein, einem bestimmten "Stamm" anzugehören. Die Wasukuma sind zahlenmäßig das größte Volk Tanzanias.Sie begannen sich erst im Laufe der vierziger und fünfziger Jahre bewußt als Gruppe von ihren Nachbarn, den Nyamwezi, zu unterscheiden.

Tatsächlich wuchs bei Volkszählungen in Tanganyka während der Kolonialzeit die Zahl der "Stämme" von wenigen Dutzend in den zwanziger Jahren zu weit über hundert heutzutage.

Die Umorientierung hin zu Stämmen war so stark, daß selbst die mündlich überlieferte Geschichte umerzählt wurde, sie wurde jetzt längs ethnisch-tribalen Linien neuinterpretiert. Mit Konsequenzen, die bis heute wichtig sind: Zum einen ordnen sich viele Afrikaner und Afrikanerinnen immer noch ihrem "Stamm" zu, reden von sich als diesem oder jenem "tribe" angehörig. Zum anderen erzählen sie verstärkt die Geschichten ihrer - nun ausschließlich tribal besetzten - Helden bzw. Führer, die eben auch vom Nachbarstamm abgrenzen. Die Beteiligung der jeweiligen Gruppe am Geschehen wird über diese Heldengeschichten zurückgedrängt - gern berufen sich deshalb afrikanische Führer heute auf diese Heldengestalten, versuchen so über eine reichlich fragwürdige "Tradition" ihre Herrschaft zu legitimieren.

Es geht hier nicht darum zu behaupten, daß die Zustände im vorkolonialen Afrika paradiesisch waren - das waren sie mit Sicherheit nicht. Es geht auch nicht darum, zu behaupten, daß für alle Probleme des heutigen Afrikas der Kolonialismus verantwortlich ist.Aber mit die wichtigste Konsequenz des Kolonialismus für Afrika ist, daß ein flexibles, lebendiges, meist multiethnisches Bezugssystem (das sicherlich auch nicht vollkommen war) durch ein starres, inflexibles System ersetzt wurde. Afrika wurde längs willkürlich gezogener Grenzen in verschiedene Länder unterteilt, innerhalb dieser Länder wurden starre Stammesbarrieren errichtet. Beides wurde nach der Unabhängigkeit kaum mehr hinterfragt. Kolonialisten und Antikolonialisten teilten eine gemeinsame Logik: "Stämme" sind politische Einheiten ohne staatliche Verfassung, die haben sich weiterzuentwickeln zu Nationen: Politische Einheiten mit staatlicher Verfassung, wo quasi der Widerspruch der nichtstaatlichen Stämme aufgehoben wird. Die dafür von den Kolonialmächten vorgegebenen Grenzen wurden dazu akzeptiert: "In Afrika sind wir dazu gezwungen, Nationen innerhalb unserer Grenzen zu bilden, nicht dazu, Grenzen um unsere Nation zu bilden." So 1989 der Politiker Luis Cabaco aus Mosambique. Schon 1964 beschloß die OAU, die Organisation der afrikanischen Einheit, die bestehenden Grenzen anzuerkennen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der jeweiligen Länder einzumischen. Das bedeutet: Anerkennung der vom Kolonialismus geschaffenen starren Fixierungen. Selbst was nicht zusammengehörte und nicht zusammenpaßte, hatte zusammenzubleiben.



Kebi DIABANG, Satou NDIAYE: „Der Künstler, die Korbflechterei und das Feuer" (Ölkreiden und Acrylfarben auf Papier)

Weil so sein mußte, was so sein soll, wurde versucht, mit Staatsgewalt innerhalb der bestehenden Grenzen eine Nation zu schaffen - eine je nach lokalen Bedingungen mehr oder weniger gelungene Aktion. Aber eben: Staatsgewalt muß sein. Beschwörungen der nationalen Einheit sowie Gejammer, daß der Staat mehr durchsetzungsfähig sein muß, sind überall auf der afrikanischen Tagesordnung. Nötig dazu: ein starker Staatsführer, der sich dabei auf reichlich fragwürdige afrikanische Traditionen beruft.

Der Begriff "Stamm" ist negativ besetzt, wird er doch automatisch mit "unterentwickelt" gleichgesetzt. Schon von daher sollte sich seine undifferenzierte Anwendung auf Afrika verbieten. Der Begriff verdreht aber auch afrikanische Wirklichkeit, verhindert einen Einblick in bestehende Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten, allein schon weil so ein höchst unflexibles Erklärungsmuster festgelegt wird. Der Begriff der "ethnischen Gruppe" ist dagegen ein wertneutraler und flexibler Begriff, eher geeignet sich Afrika anzunähern. Die Wahrnehmung Afrikas ist von vielen Barrieren behindert, die Einteilung in "Stämme" ist dabei nicht die kleinste. Ein erster, freilich sehr bescheidener Schritt zu einem besseren Verständnis wäre erreicht, wenn wir diesen Begriff aus unserem Vokabular streichen würden.

1976 schrieb der Ugander Mahmoud Mamdani zum Thema:"Man könnte (...) fragen, was ein Stamm ist. Es gab eine Zeit, wo das Wort einen wissenschaftlichen Inhalt hatte, als es die sozialen Formationen charakterisierte, die keine Staatsstruktur hatten - die gemeinschaftlichen klassenlosen Gesellschaften, wie z.B. die germanischen Stämme. Wie auch immer, heutzutage wird jede einzelne ethnische Gruppe in Afrika als "Stamm" bezeichnet, unabhängig vom Stand ihrer sozialen Entwicklung.

Was ist es, das aus 2 Millionen Norwegern ein Volk macht und aus fast genausovielen Baganda einen Stamm? Aus ein paar hunderttausend Isländern ein Volk und aus 14 Millionen Hausa-Fulani einen Stamm? Es gibt dafür nur eine Erklärung: Rassismus."*

haga, aus: was lefft, stadtzeitung erlangen, Mai/Juni 1991

Literatur:
Henning Melber: Stammeskultur als Zivilisationsgut; Tilman Schiel: Ethnie, Stamm, Nation - Was ist Fiktion, was ist Realität?, beide in: Peripherie, Nr.18/19, Münster, April 1985.

* (M.Mamdani, Politics and Class Formation in Uganda, New York 1976)

VERSTÄRKEN WIR DEN KAMPF GEGEN DEN STAATLICHEN TERROR IN DER TÜRKEI

Während das "Anti-Terror und bedingte Freilassung-Gesetz" die ohnehin beschränkte Meinungsfreiheit und die Organisationsrechte mit Füßen tritt und der staatlichen Unterdrückung und Folter einen ausgeweiteten juristischen Schleier anbietet, stellt es für alle demokratischen und revolutionären Kräfte und Massenbewegungen eine große Gefahr und Bedrohung dar.

Das in der Öffentlichkeit als "Anti-Terror-Gesetz" bekannte Gesetz wurde als Teil eines Szenario am 12. April 1991 eingeführt, bei der es um die Umsetzung der neuen Nah-Ost-Pläne der internationalen Arbeitsteilung und des US-Imperialismus in der Türkei und Kurdistan geht. Einerseits wird mit dem Gesetz ausgeschlossen, daß der Staatspräsident wegen "Landesverrat" bestraft werden kann, andererseits wird gewährleistet, daß die Türkei und Kurdistan dem Imperialismus maßlos ausgeliefert werden. Während mit diesem Gesetz fast alle Rechten und Faschisten freikommen, wird ein großer Teil der Linken Gefangenen weiter im Gefängnis sitzen. Somit erweist sich die Behauptung, daß die seinerzeit als Anschauungs-Delikt bezeichneten §§ 141 und 142 abgeschafft wurden, als eine reine Lüge, da die Inhalte dieser §§ sich in der neuen "Terror-Delikt-Bezeichnung" wiederfinden. Seit der Verabschiedung des Gesetzes wurden 2.605 Personen aus verschiedenen Gründen verhaftet oder in U-Haft genommen. Repressalien gegen die Presse haben in hohem Maße zugenommen, verantwortliche Redakteure und Journalisten von verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften werden mit Geld- oder Freiheitsstrafen konfrontiert. Innerhalb der Zeit seit der Einführung des Gesetzes wurden 29 Zeitschriften und Bücher verboten und gesammelt, zwei Zeitschriften vernichtet, sieben Zeitungs- oder Zeitschriftenherausgeber verhaftet und ihnen der Prozeß gemacht. Die Presse erhielt eine Geldstrafe von insgesamt 413 Mio. TL. Massenorganisationen wie die "Volkshäuser", Menschenrechtsvereine und Gewerkschaften stehen kurz vor dem Verbot. Seit dem 13. April wurde bei 14 Vereinen eine Hausdurchsuchung gemacht und neun Vereine wurden verboten bzw. wird ihnen der Prozeß gemacht.
Die Unterdrückung des kurdischen Volkes hat verstärkt zugenommen, sie werden gezwungen, staatlich finanzierte "Dorfschützer" zu werden, sonst droht ihnen die Vertreibung aus ihrem Lebensgebiet.
Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen: In Bitlis wurden 3 Kurden gezwungen, Hunde-Scheiße zu essen: Massenverhaftungen wurden vorgenommen. Der Staat veranlaßte die Feuereröffnung auf unschuldige Passanten, in der Hoffnung auf deren Widerstand. Die Mörder werden geschützt.
Der Begriff Terror ist auch in dem neuen Gesetz soweit umfaßt, daß es der Polizei uneingeschränkte Freiräume bietet. Seit dem 12. April wurden 29 Personen und das ganze Dorfvolk eines Dorfes in Bitlis brutalsten Folterungen ausgesetzt. Drei Personen sind unter Folter ums Leben gekommen, 13 Personen u.a. Anhänger der Fußballmannschaft Fenerbahce, unter denen man "Terroristen" vermutet hat, sind bei einer Auseinandersetzung umgekommen. Eine Frau wurde von einem Jandarmerie-Offizier vergewaltigt. Versammlungen und Veranstaltungen werden verboten, offene Gefängnisbesuche werden nicht erlaubt, Arbeiterproteste gegen Massenentlassungen werden durch die Polizei verhindert. In der Türkei und in Kurdistan befinden sich 600 Angeklagte, Verurteilte und ihre Angehörigen seit etwa einem Monat in einem Hungerstreik gegen den Staatsterror. Außerdem werden Gefangene in Isolationshaft (d.h. Einzelzelle) überführt. Das Recht auf Verteidigung ist eingeschränkt und bei Gefängnisbesuchen ist ein Wächter immer anwesend. All diese anti-demokratischen Maßnahmen, die selbst die des 12. September-Faschismus übersteigen, verdeutlichen, daß die Türkei und Kurdistan in einen offenen Knast verwandelt werden.

Wir rufen alle demokratisch gesinnten Menschen auf, dazu beizutragen, daß das "Gesetz des Staatlichen Terrors" funktionslos wird und der Vergangenheit angehört.

Weg mit dem "ANTI-TERROR-GESETZ" !

11.6.1991

ADA

ITALIEN: CENTRO SOCIALE IN BRESCIA GERÄUMT



Presseerklärung der GenossInnen des Centro Sociale in der Via delle Battaglie in Brescia

Am 19. Juni 1991 wurde um 6.45 Uhr das Centro Sociale von Polizei und Carabinieri angegriffen. Die GenossInnen bauten zur Verteidigung brennende Barrikaden und verzögerten so die Räumung um anderthalb Stunden. Ein schriftlicher Räumungsbefehl lag nicht vor. Die Bullen hüllten sich in Schweigen, wer die Räumung angeordnet habe.

Das Centro Sociale in der Via delle Battaglie (es gibt in Brescia noch ein weiteres besetztes Zentrum) hatte in den Kämpfen der Stadt eine wichtige Rolle gespielt: als Raum, der für alle offen stand, als Basis im Kampf gegen Heroin und gleichzeitig als Lebensraum für etwa 20 Immigranten. Vier der Immigranten wurden nach der Räumung in den Abschiebeknast gesteckt. Die GenossInnen versuchen alles mögliche, um die vier vor der Deportation zu bewahren.

Am 22. Juni fand gegen die Räumung eine Demonstration mit ca. 600 Leuten statt, mit breiter Beteiligung der Bevölkerung.

ANTIIMPERIALISTISCHE CAMPS IM SOMMER 1991

Wie jedes Jahr stellen wir uns die kämpfenden Camps gegen die NATO als Moment der kollektiven direkten Aktion gegen den Imperialismus vor.

1. Tirrenia (Livorno) vom 5.-14. Juli

Camp gegen den US-Militärstützpunkt "Camp Derby"

Der US-Militärstützpunkt "Camp Derby" ist ein Panzer- Munitionsdepot, das während des Golfkrieges 24 Stunden am Tag in Betrieb war und mit dem Hafen in Livorno in Verbindung stand. Mit Camp Derby hängen die militärischen Forschungszentren in der Toskana zusammen. Außerdem ist dieser Stützpunkt das größte logistische Depot der NATO-Struktur "Gladio" gewesen.

2. Zwischen Capo Rizzuto und Taranto (Kalabrien/Apulien) vom 27.7.-7.8

Camp gegen den Bau des Luftwaffenstützpunktes für die F16 und gegen die Vergrößerung des Militärhafens in Taranto

Im Sommer 1988 hatte das erste Camp gegen die F16 stattgefunden. In den letzten drei Jahren gab es verschiedene Aktionen, wie Mobilisierungen und Versammlungen mit der Bevölkerung, Landbesetzungen, Protestaktionen gegen die lokalen politischen und ökonomischen Institutionen, die am Bau beteiligt sind. Es kam zu vielen Anzeigen und zur Festnahme eines Genossen während einer Demo.

3. Isola della Maddalena (Sardinien) vom 22.8.-1.9.

Camp gegen den US-Marinestützpunkt für Atom-U-Boote in Santo Stefano und gegen die allgemeine Militärisierung Sardiniens

Alle diese Camps werden kollektiv verwaltet. Für Information und Anmeldung wendet euch bitte an:

Radio Sherwood, Padua, Tel. 0039-49-875 21 29
Radio Onda Rossa, Rom, Tel. 0039-6-49 17 50
Radio Onda D'Urto, Brescia, Tel. 0039-30-465 96
Radio Casbah, Brindisi, Tel. 0039-831-219 56

Wir freuen uns auf Eure aktive Teilnahme!

Coordinamento Nazionale Antinucleare Antiimperialista

AUTONOMES ZENTRUM IN ROM VON FASCHISTEN IN BRAND GESTECKT!

In der Nacht vom Sa. 18. Mai auf So. 19 Mai wurde das autonome Zentrum "Centro Sociale Corto Circuito" in Rom niedergebrannt. Dabei kam Auro, ein junger Italiener, der dort schlief, ums Leben!

Auch in Italien häufen sich in letzter Zeit die Angriffe von Faschisten auf AusländerInnen, linke Frauen und Männer.

Schon eine 1. Mai-Fete im Centro Corto Circuito wurde von Faschisten gesprengt, indem sie mit scharfer Munition in die Menge schossen.

In der Nacht vom 6. zum 7. Mai wurde auch das Centro Sociale in Battaglia in Brand gesteckt. Dazu bekannte sich die 'Falange Armata' eine Art Nachfolger von GLADIO: Dahinter verbirgt sich die versteckte Zusammenarbeit von Carabinieri, Staatsapparat und Faschisten, sprich der gesamte Terrorapparat des Staates. In einem ihrer Flugblätter sprachen sie davon, "ein Objekt in Rom zu schlagen".

Die Autonomen Zentren ('Centri Sociali') Italiens stellen einen wichtigen Bezugspunkt für autonom kämpfende Menschen dar, so sind sie ein Dorn im Auge der Herrschenden, die zerschlagen werden sollen, wie jede Form von Selbstorganisation.

"Für uns ist klar, daß unser Freund bei der Vernichtung des Centros, deswegen gestorben ist, weil die Erfahrung der Selbstorganisation und Erkämpfung durch direkte Aktion von Freiräumen in ganz Italien zerschlagen werden soll.

Wir werden aber keine Ruhe geben! In ganz Italien haben wir dutzende von Zentren besetzt und das wird uns niemand nehmen, weder alte noch neue Faschisten, weder Carabinieri noch Polizei, noch dieses Schweinesystem der Parteien!"

AURO LEBT WEITER IN UNSEREM KAMPF!

TRAUER ZU WUT, WUT ZU WIDERSTAND!

SOLIDARITÄT MIT DEM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF HIER UND ÜBERALL!!



Freunde und Freundinnen der Centri Sociali Italiens



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Nachdem wir seit Wochen aus uns nicht bekannten Gründen keine egins mehr bekommen, sind diesmal keine brandaktuellen Geschichten dabei. Stattdessen haben wir einen Brief aus dem Baskenland übersetzt und einen Text des Zentralkomitees der PCE (r) zum Kampf um die Zusammenlegung aus anderer Quelle mit rein genommen.
Außerdem möchten wir Euch dazu aufrufen, die "Euskadi Information" zu abonnieren, die zweimonatlich zu verschiedenen Themenschwerpunkten interessantes Hintergrundwissen für Baskenland-Fans und alle anderen EG-BürgerInnen vermittelt. Für 6 Ausgaben kostet das Normal-Abo 30, das Unterstützungs- 50 und das Förderabo 100 DM und ist zu bestellen bei: Euskadi Information, Postfach 7323, CH - 8023 Zürich.

BRIEF AUS EUSKADI

Hallo ...

Vor ein paar Tagen kam dein Brief hier an; deswegen und wegen der neuesten Nachrichten im Zusammenhang mit den gefangenen scheeibe ich dir. Anscheinend schreiben wir uns nur, um uns die traurigen Sachen zu erzählen, aber was willst machen. Vielleicht schreiben wir uns irgendwann mal um uns von unserenErfolgen zu berichten-den Früchten unseres täglichen Kampfes. Was die Gefangenen betrifft weiß ich nicht ,ob du irgendetwas, über die EGIN-Berichterstattung hinaus mitbekommen hast; sie sind erneut im Hungerstreik. Sowohl in Herrera de la Mancha(bei Madrid)als auch in Jerez de la Frontera(Andalusien) Insgsamt sind es 17. Die Gründe für den HS sind die Unverschämtheiten und Frechheiten der Knastleitungen. In Herrera haben die Kämpfe der Gefangenen und der Angehörigen durchgesetzt, daß der zuständige Richter einige Anträge anerkennen mußte. Aber der Direktor von Herrera hat die vom Richter bestimmten Maßnahmen nicht durchgeführt. Und auf der Straße... der Kampf. Aktionen der Angehörigen, Demos in Ganz Euskadi, Infomaterial wurde verteilt. Wir werden sehen ,wie der Kampf weiter geht. Bis jetzt, in dieser ersten Woche sind sehr viele Aktionen gelaufen. Ich werde demnächst mehr darüber schreiben, wie sich der Kampf entwickelt hat.

Auf der anderen Seite beunruhigt uns eine andere Nachricht. In Herrera versuchen die Wächter und der Direktor mittels Drohungen und Bestechung die sozialen Gefangenen dazuzubringen, paramilitärische Gruppen zu blden(GAL) um politische Gefangene (ETA und GRAPO) zu töten. Dies ist nicht das erste Mal, daß sie sowas versuchen, wenn auch zum 1. Mal dermaßen organisiert. Immer schon haben sie (x? nicht zu entziffern) in die Zellen der politischen Gefangenen getan, auch gekaufte Leute, die diese angeeifen sollten. Auf alle Fälle aber haben sie es ziemlich schwer denn zwischen den sozialen und Politischen Gefanoepen ist der .. Sinn für Solidarität und Respekt untereinander sehr stark.

Was soll ich dir noch erzählen?

Themawechsel: Im Mai haben wir Gemeindewahlen, außerdem im Parlament in Navarra. Wir schreiben euch die Ergebnisse.

Sowsit, un saludo revolucionario und Grüße an alle...



"El Independiente"

Der Kampf für die Wiederzusammenlegung der politischen Gefangenen geht weiter

Kommuniqué des Zentralkomitees der PCE(r)

Am 8. Februar haben wir in verschiedene Gefängnisse Spaniens ein Telegramm geschickt, in dem wir die Militanten unserer Partei darum baten, den Hungerstreik zu beenden, welchen sie seit 30. November 1989 führten. Verständlicherweise ist diese Entscheidung nicht einfach gewesen. Bevor wir sie trafen, haben wir alle Faktoren abgewägt, welche die momentane Situation beeinflussen; insbesondere aber wurde der ausgesprochen schlechte körperliche Zustand unserer gefangenen Genossen in Betracht gezogen. Es war nicht möglich, diesen Streik noch länger aufrechtzuerhalten, ohne daß eine größere Zahl von ihnen in absehbarer Zeit dem sicheren Tod näher gerückt wäre.

Wir sind der Meinung, daß man nicht mehr verlangen kann als das, was diese Männer und Frauen schon für die Sache der Arbeiter und des Volkes hingegeben haben; daß es richtig und notwendig war, den Hungerstreik aufzunehmen und ihn in die Länge zu ziehen, die Gesundheit zu opfern und sogar das Leben aufs Spiel zu setzen, um die kriminelle Politik der Regierung aufzeigen zu können und für die Wiederzusammenlegung zu kämpfen. Aber es gibt ein Limit, das man nicht überschreiten soll: das Opfer darf sich nicht in etwas Nutzloses umkehren oder womöglich konträr zu den Zielen werden, die seit Beginn des Hungerstreiks verfolgt wurden; es darf nicht zum sicher verhersehbaren Tod führen. Wir glauben, daß ausreichend bewiesen ist, daß die Regierung nur dann auf die gerechtfertigten Forderungen der Gefangenen einginge, wenn mehrere von ihnen sterben würden - ein Preis, den zu zahlen wir nicht bereit sind. Außerdem sind wir der Meinung, daß die Situation der Gefangenen eine Angelegenheit ist, die alle Arbeiter und die gesamte spanische Gesellschaft angeht, und daß es diese sein muß, welche zukünftig die Folter in den Gefängnissen sowie die Politik von Isolation und Vernichtung verhindert und die vollständige Freiheit der Gefangenen durchsetzt. Bis dahin müssen wir weiter kämpfen und in allen möglichen Formen Widerstand leisten, sowohl inner- als auch außerhalb der Gefängnisse, gleichzeitig aber vermeiden, einen so hohen Preis zu zahlen wie der, den sie uns jetzt abverlangen. Das ist der hauptsächliche Grund, der uns dazu gebracht hat, um die Beendigung des Streiks zu bitten.

Bevor wir diese Entscheidung trafen, haben wir uns mit den hungerstreikenden Genossen und mit anderen, die ihn schon abgebrochen haben, beratschlagt, und wir haben die Ansichten ihrer Angehörigen eingeholt, sowie die von vielen anderen Menschen aus den Reihen und Zusammenhängen der Solidaritätsbewegung. Vor dem Absenden des obengenannten Telegramms haben wir den Streikenden eine Mitteilung zukommen lassen, welche unseren Entschluß ankündigte, damit es keine "Überraschungen" geben würde und alle im gleichen Geist der Einheit und mit derselben beispielhaften Disziplin handeln könnten, die sie immer aufrechterhalten haben, und zwar sowohl vor wie - insbesondere - während dieses harten Kampfes. Die Entscheidung der Parteiführung ist vom ersten Augenblick an von all ihren Militanten respektiert worden, sobald sie sich der Richtigkeit und Authentizität der Botschaft vergewissert hatten.

Wir verstehen, daß eine beträchtliche Anzahl von ihnen ihr Nichteinverständnis mit diesem Entschluß zum Ausdruck gebracht hat und sich bereit zeigte, den Hungerstreik bis zur letzten Konsequenz weiterzuführen. Die Tatsache, daß das Ziel der Wiederzusammenlegung nicht erreicht worden ist, bringt sie dazu, diese Position der Standhaftigkeit aufrechtzuerhalten. Außerdem muß man sich vor Augen halten, daß auch die Situation, in er sie weiterhin bleiben - ohne irgendeine Möglichkeit, sich erholen zu können, und dabei den Repressalien von seiten der Schließer und Polizeikräfte ausgesetzt -, dazu beiträgt, diese Haltung zu wahren. Was uns anbelangt, so verstehen wir sie, und wir gewähren ihnen weiterhin all unere Unterstützung. Dessen ungeachtet denken wir, daß die Bedingungen, die sie ihnen aufzwingen werden, so schlecht sie auch sein mögen, nicht viel schlechter sein werden, als ein Leben lang ans Bett gefesselt und an den Tropf gehängt zu sein. Im schlechtesten aller Fälle wird es ihnen möglich sein, den Hungerstreik mit mehr Kraft wieder aufzunehmen, wenn die Bedingungen dafür günstiger sind. Es ist uns nicht gelungen, der Regierung irgendetwas abzutrotzen. Wir haben den Genossen Sevi verloren, und die Gesundheit der übrigen Genossen ist ziemlich angeschlagen. Aber dem spanischen Staat und den reaktionären Kräften, die hinter ihm stehen, ist es weder gelungen, uns zu vernichten, noch die gefangenen Genossen zur Demoralisierung, dem Verrat oder dem Abschwören zu bringen, so wie sie sich das vorgenommen hatten. Ihre politische und moralische Niederlage ist also offensichtlich. Die Gefangenen dagegen behalten ihre Moral und ihren Kampfgeist bei. Zudem haben sie im Verlauf dieses Kampfes die Anerkennung und die Unterstützung eines großen Teils der Arbeiter gewonnen.

Nichtsdestotrotz müssen wir zugeben, daß diese Unterstützung noch nicht ausreicht, weil sie sich nicht in einen bewußten politischen Kampf umsetzt der organisiert wird, um gegen den Staat die Forderungen der Gefangenen, die Amnestie und viele andere Forderungen und Rechte durchzusetzen. Das ist der Sinn unseres Kampfes, und auf diesem Weg befinden wir uns, und auf ihm werden wir weitergehen und unermüdlich kämpfen. Der gerade beendete Hungerstreik hat einen wichtigen Schritt in diese Richtung bedeutet. Und auch wenn der Klassenfeind sich momentan gewaltsam durchgesetzt hat, so hat er uns auf keinem Terrain besiegt. Im Gegenteil: Er hat die Schlacht um die öffentliche Meinung verloren, er ist in seinem tatsächlichen sozialfaschistischen Charakter vor den Augen der Welt demaskiert worden. Er wurde dazu gezwungen, sein absolutes Fehlen von Moral an den Tag legen zu müssen, sowie seine Unfähigkeit denen gegenüber, die den Mut haben zu kämpfen. Genossen und Freunde - der Kampf geht weiter. Dieser Kampf wird noch sehr lange sein und zahlreiche Opfer abverlangen. Deswegen müssen wir unsere Kräfte wahren und weitere hinzugewinnen. Jetzt weichen wir zurück, um später nach vorne schreiten zu können.

Der Kampf geht weiter!

Jetzt mehr als je zuvor: Leisten wir jede Art von Hilfe und Unterstützung für die Gefangenen!

März 1991



Was da so kokelt, sind ein südkoreanisches Bullenauto und eine US-Flagge nach Straßenschlachten in Seoul am 9.4.91

FÜNF JAHRE GAZTETXE BILBO

(Gastkommentar des Jugendlichenplenums Bilbo in der egin v.18.4.)

Die Besetzung des Gebäudes ist jetzt fünf Jahre her. Von jenem 12.April 1986 bis heute ist viel passiert, sowohl was die allgemeine soziale Situation unseres Volkes betrifft, als auch die des Gaztetxes (Jugendzentrums) selbst.

Mit den ersten Räumungen, Verhaftungen, Prügeln und Zerstörungen durch die Polizei und der sofortigen Antwort auf der Straße, um die für die Jugend so nötigen Räumlichkeiten zu verteidigen, entstand ein Projekt, das sich in Vollversammlungen selbst bestimmt.

Die Tür einzutreten war leicht; dann kam die Freude, sich spontan zu organisieren und einfach anzufangen, obwohl es kein Wasser gab, kein Licht, keine sanitären Einrichtungen, auch kein Geld. Hinter den Parolen "Es lebe das Gaztetxe" und "Immer weiter" standen die immensen kulturellen und Defizite an Jugendeinrichtungen im Stadtteil. Es war ein schwieriger Anfang, das Weitermachen gegen alle Widerstände in diesen provisorischen Werkstätten hing manchmal an einer kleinen Gruppe Unbeugsamer.

Was die finanzielle und körperliche Anstrengung betrifft, war die ständige Arbeit an der Verbesserung der Räumlichkeiten riesig. Sie war möglich dank der Philosophie, daß die, die lehren können, mit denjenigen zusammen kommen müssen, die lernen wollen. So begannen die internen Diskussionen, die zur Stärkung der Arbeitsgruppen führten, die es heute noch gibt (Presse und Propaganda, Instandsetzung, Aktivitäten, Finanzen und Gruppen).

Die Linie des Gaztetxes, aus der Erfahrung der Notwendigkeiten des Stadtteils eine offene und partizipative Struktur zu schaffen, entstand parallel zu den Kontakten mit dem Stadtrat. Gleichzeitig kamen die ersten Beschwerden eines kleinen Teils der Geschäftsleute und Nachbarn, mit denen wir leben müssen wie mit unserer Mittellosigkeit, weil wir mit unseren Mitteln diese Konflikte nicht lösen können; an unserem mangelndem Willen lag das nicht. Daraufhin kamen die üblichen Drohungen.

In ganz Euskadi entstanden Gaztetxe-Projekte, sie wurden durchgesetzt oder scheiterten. Wir waren immer für Zusammenarbeit und Autonomie der einzelnen Projekte, die auf ihren Bedingungen und Notwendigkeiten beruhen. Wir solidarisierten uns gegen Räumungen und Strafverfahren.

Die Strukturen wurden durchgesetzt, Priorität hatte das partizipative Element, um libertäre soziale und kulturelle Aktivitäten zu fördern, in denen jede Person solidarisch ProtagonistIn in Planung und Ausführung der Aktivitäten ist. Wir wollten die Ärgernisse abstellen, die vom Gaztetxe ausgingen, und so intensivierten wir die Kontakte zum Stadtrat, was dazu führte, daß wir die von ihm geforderten Maßnahmen zur Schalldämmung und Sanierung durchführten, wodurch wir den Geiz und unsere Marginalisierung mit einer Klappe schlugen. Dies wurde mit den Verträgen im Sommer '88 erreicht.

Zuerst mußte das Gaztetxe überleben, und dann dem Stadtrat und dem Stadtteil demonstrieren, daß es fähig wäre, das Gebäude selbst zu verwalten und dies wurde durch die Doppelstrategie von Aktionen und Verhandlungen erreicht. Daß es heute existiert, liegt auch an der kontinuierlichen Unterstützung durch die Nachbarschaftsversammlung im Stadtteil und an der Mitarbeit und Teilnahme tausender autonomer Jugendlicher.

Wir haben die Schließung des Gaztetxes überwunden, die nach einem Durchhänger in den Verhandlungen von der Stadtversammlung verfügt wurde. Ohne die Aktivitäten des Gaztetxes lahmzulegen und unsere ursprünglichen Ansprüche im geringsten zu schmälern, führten unsere Techniker und Arbeiter unter ständiger Kontrolle die geforderten Arbeiten durch.

Eine Jugendgeneration ging, die nächste kam, und dasselbe Projekt wurde wieder aufgegriffen. Die Entwicklung des Gaztetxes hängt von der Reife, der Entwicklung und Selbstorganisierung seiner Mitglieder ab, und es erreicht seine Ziele, wenn es breit und von möglichst vielen politischen, sozialen und kulturellen Gruppierungen unterstützt wird.

Ohne Erneuerung, ohne verantwortliche und kollektive Arbeit, wenn wir uns von der immer mieseren Realität, die unser Volk erlebt, isolieren, oder in sterilen Voluntarismus verfallen, wird es schwer, das ursprüngliche Projekt weiterzuführen, es wird schwer mit Jugendlichen, die sich als Konsumenten verstehen statt als Protagonisten, auch wenn wir wissen, daß wir in einer immer individualistischeren und weniger idealistischen und solidarischen Gesellschaft leben.

Wir werden weiterhin versuchen, Gruppen und Kollektiven Möglichkeiten und einen Ort, nach außen zu gehen, zu erhalten. Wir werden weiterhin die Fesseln der marginalisierten arbeitslosen Jugend zerschlagen, die bei den Eltern leben muß, weil es keine billigen Wohnungen gibt, keine Räumlichkeiten, um sich selbst zu organisieren. Wir fordern die größt,

mögliche Beteiligung an besetzten Zentren, mehr Zentren in den Stadtteilen und wir rufen zu Besetzungen dort auf, wo welche gebraucht werden. Wir fordern Übungs- und Auftrittsmöglichkeiten für die Unmenge von Musikgruppen, die es in Euskadi gibt.

In der marktwirtschaftlichen Gesellschaft von '92, die nach dem Motto vorgeht "Die Wohnungen sind schön, schau nicht, für wen", bieten sich einer Jugend, die den Protagonismus aufgibt, nicht mehr viele Möglichkeiten. Wir werden diesen 5.Geburtstag feiern mit vielen Konzerten, Veranstaltungen, Diskussionen, Ausstellungen, Theater usw., das Gaztetxe macht weiter, trotz der vielen Prognosen unseres Todes durch Gewalt oder die eigene Unfähigkeit. Die Stadtratswahlen stehen an und die Ergebnisse könnten uns Unannehmlichkeiten bringen, auf die wir aber vorbereitet sind.

Fünf Jahre sind vorbei, es werden noch mehr werden, die Jugend und die Kollektive mit Bewußtsein haben das letzte Wort.

KURZMELDUNGEN

—Die Proteste im In- und Ausland haben jetzt zu der Zusage der deutschen Regierung geführt, daß die Bundeswehr vorerst nicht mehr mit Picassos Bild "Guernica" Imagewerbung betreibt.

—VertreterInnen der indianischen Völker Lateinamerikas haben zur internationalen Solidarität aufgerufen, um "die durch die Regierungen geplanten offiziellen Feierlichkeiten" zum 500.Jahrestag der Entdeckung Amerikas 1992 zurückzuweisen. Der Aufruf wurde beim sog."Andentreffen" verabschiedet.



KNASTCAMP IN AICHACH VOM 5. - 7. JULI '91

FÜR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN!

Freitag, 5.Juli

Anreise, Austausch ...
ab 15°° Uhr Infotisch am Marktplatz
Abends Volxküche im Camp

Samstag, 6.Juli

ab 9°° Uhr Infotisch am Marktplatz
ab 11°° Uhr Kundgebung der Angehörigen
14°° Uhr DEMO zum Knast
ab 19°° Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Angehörigen, ehemaligen Gefangenen, der 'Initiative für freie politische Diskussion' und einem Video

Sonntag, 7.7.

Nachmittags Konzert vor'm Knast (wenn's klappt.)

Bringt Zelte, Schlafsäcke, Essen, Musik und vor allem viele Ideen mit!

WIR SIND NICHT ALLE — ES FEHLEN DIE GEFANGENEN!

BLEIBERECHT FÜR ALLE ROMA !

MENSCHENRECHTE STATT VERTREIBUNG

Aktuelle Broschüre:
"BLEIBERECHT FÜR ALLE ROMA! Informationen der ROM-UNION BERLIN", 20 S.,
Bestellung durch Überweisung von 2,– DM + 1,– DM Versandkosten an:
Alfred Erdölli, Kto-Nr. 3330644, Berliner Commerzbank, BLZ 100 400 00

INFORMATIONEN der ROM-UNION BERLIN

Die **ABSCHIEBUNGEN** der **ROMA-FLÜCHTLINGE**gehen bereits täglich vonstatten, ***Massen-Abschiebungen stehen ab dem 30. Juni 1991 unmittelbar bevor!*** Für ihre Verhinderung muß **hier und jetzt** gestritten werden !

Der ENTSCHÄDIGUNGS- ZUND WIEDERGUTMACHUNGSBETRUG nach 1945 bis heute war und ist nach dem NS-Völkermord ist ein weiteres Verbrechen an den Roma und Cinti. Gegen diesen Betrug muß weiter gekämpft werden.

DOCH JETZT STEHT EIN NEUES VERBRECHEN UNMITTELBAR BEVOR, das sich im Kleinen mit Einzel-Abschiebungen von Roma schon beinahe täglich vollzieht.:
einige tausend ***ROMA-FLÜCHTLINGE SOLLEN ABGESCHOBEN WERDEN*** in eine ungewisse-Zukunft der täglichen Diskriminierung, Erniedrigung, Verfolgung und Folter in Jugoslawien und Rumänien!

Heute leben, auch unter Einbeziehung der Roma-Flüchtlinge, noch weit weniger Roma und Cinti in Deutschland, als dies vor dem NS-Völkermord der Fall war! Dennoch soll ein Bleiberecht "für die Interessen der Bundesrepublik nicht hinnehmbar" sein? DAS IST RASSISMUS !

Morgen sollen hunderttausende "Wolga-Deutsche", "Banat-Schwaben" und andere Irgend-wann-mal-"Volks-Deutsche" in der Bundesrepublik aufgenommen werden. ('Bonn' rechnet allein mit 300 000 "Wolga-Deutschen".) Da soll **heute** für wenige tausend Roma-Flüchtlinge "das Schiff schon voll" sein? DAS IST RASSISMUS !

Wer gegen rassistische Diskriminierung eintritt und heute nicht den Rassismus gegen die Roma-Flüchtlinge angreift und für ein Bleiberecht kämpft, ist unglaubwürdig !

Eine "europäische Lösung" kann es nur geben, wenn einzelne Staaten mit gutem Beispiel vorangehen. Warum setzt das vereinte Deutschland hier nicht ein internationales Zeichen der Humanität, in Anerkennung der historischen Schuld und Verantwortung Deutschlands gegenüber den Roma ?

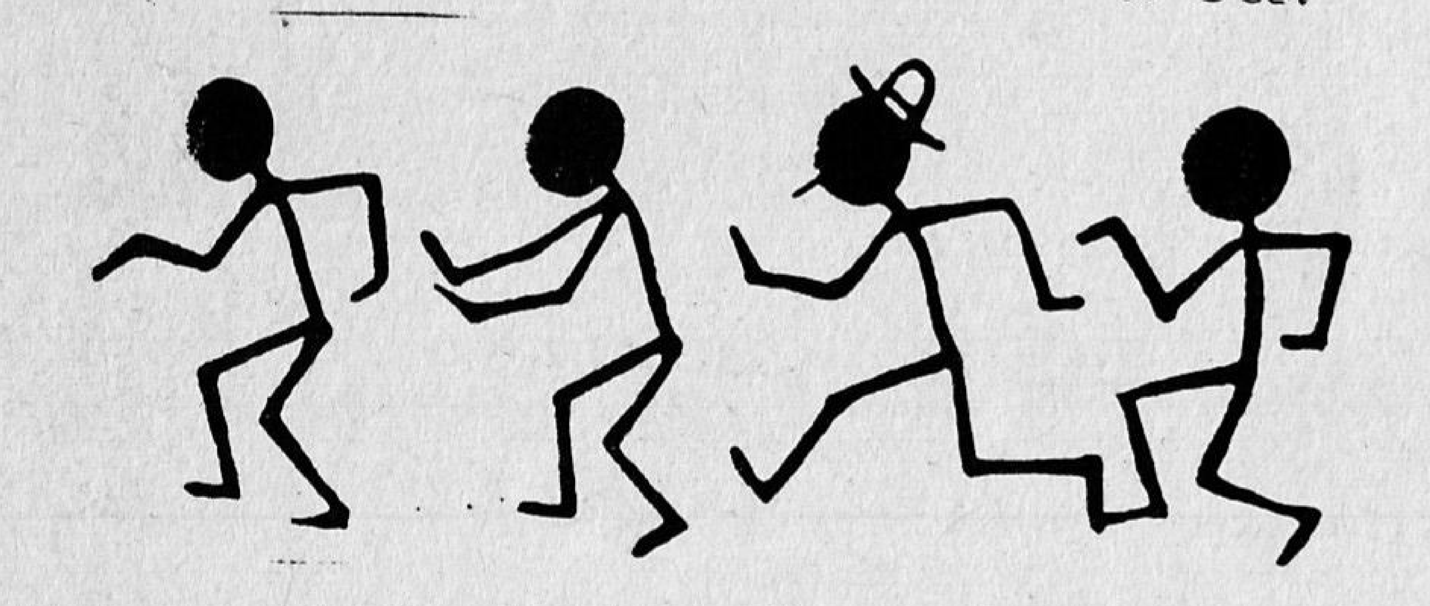
Berlin ist das einzige Bundesland, in dem **heute keine Roma-Flüchtlinge abgeschoben werden**, "bis zu einer endgültigen politischen Entscheidung". **Gemeinsamer Druck** von Bischof Sterzinsky und Bischof Kruse, des Flüchtlingsrats, des Arbeitskreises "Asyl in der Kirche" und all der vielen Unterstützer und Helfer in Verbänden und Parteien und der unermütliche **gemeinsame Einsatz** der ROM-UNION BERLIN und der CINTI-UNION BERLIN haben dies durchgesetzt. **Dies zeigt: Erfolg ist möglich, wenn wir uns gemeinsam stark machen!**

Der Streit um eine humane "endgültige politische Entscheidung" muß auch auf dem Evangelischen Kirchentag ausgefochten werden! Schweigen führt nur in die Niederlage.

Die ROMA-FLÜCHTLINGE sind hier in Deutschland. Sie sollen nun hier bei uns bleiben! Abschiebungen sind ein Angriff auf ihr Lebensrecht und ihre körperliche und seelische Unversehrtheit! ***BLEIBERECHT FÜR ALLE ROMA !***

ROM-UNION BERLIN e.V. Kontaktadresse: Beratungsstelle im DRK-Wohnheim, Wandalenallee 31, W 1000 Berlin 19, Tel. 030-3015600
P.v.i.S-d.G.: Alfred Erdölli, c/o DRK-Wohnheim, Wandalenallee 31, 1000 Bln. 19







WIR LASSEN UNS NICHT VERTREIBEN

weder aus dem Land noch aus den Stadtteilen und von den Strassen!

Anfang September gibt es in der Adalbert(west) ein Alkoholfreies Straßenfest statt. Das erste Vorbereitungstreffen fand letzten Sonntag statt. Das Straßenfest braucht noch Unterstützung:

* Spiele für Erwchsene und Kinder
* technische Hilfe (Bühne, PA-Hilfe, Infodienst ...)
* Mobilisierung, Plakate kleben ...
*

Die Kontaktadresse: Strassenfest 91
c/o Heile Haus Waldemarstrasse 36
1000 Berlin 36 Tel.: 654747

Per pedes statt Mercedes

Hüttendorf auf geplanter Teststrecke ab 4. Juli

Der Konzern plant bei Papenburg den Bau einer riesigen Teststrecke. Ein neues Kapitel des Autowahns. Die rotgrüne Regierung in Niedersachsen muß von ihren eigenen Wählern soweit unter Druck gesetzt werden, daß sie das Projekt verhindert. Wir besetzen das Baugelände, errichten ein Hüttendorf und zeigen wie alternatives Leben aussehen kann! Infos:

Ini gegen Daimler, Heringstr. 4, 2980 Norden, 04931-/167077

Termine...Videos...Ausstellungen...Küchen...Feten...Veranstaltungen

do 4.7: Jazz gegen den Kriegsdienst
mit changes und Miss Berta Hammond
20 Uhr in der Passionskirche
kostet 8.-/12.-

fr 5.7: 20 Uhr
Palästina Solidisco im Drugstore /Potsdamerstr.
21 Uhr
Semesterabschlußfete im Geschwulst

fr5.7.- so 7.7. Knastcamp in Aichach
(näheres im Heft)

sa 6.7: Straßenfest in der Adalbertstr.(ost)
ab 14 Uhr

so 7.7: 13.00 Uhr
Ausstellungseröffnung
Fotoaustellung zu Mittelamerika
Galerie Olga Benario /Boddinstr 61

di 9.7: 19.30 Uhr
"Aus tiefer Not" - Geschichte und Gegenwart

20.00 Uhr
Vokü und Video zu Mumia Abu-Jamal
(ein zu Tode verurteilter pol. Gefangener in den USA)
Köpenickerstr.137

mo 8.7: 19.30 Uhr
Vortrag: "Revolutionäre an der Macht und das Problem der ethnischen Minderheiten"
Referent: Wolfgang Gabbert (Uni Hannov.)
Galerie Olga Benario

mi 10.7: 20.00 Uhr
video: glory (spielfilm)
im bandito rosso /lottumstr.



1A-SOMMA PATI IM EX



SO GEGEN MITTERNACHT!
MIT FEUERPÖRFORMENZ

FREITAG
5.7.91
ab 22°°



GNEISENAUSTR.2A 1/61

ausstellung

500 jahre deutscher kolonialismus bis 14.7.
cafe subversiv brunnenstr.7 b.-mitte
mi-do ab 20 uhr
dienstags ladies only

100 jahre deutscher Rassismus
Mahn- und gedenkstätte des antifaschistischen Widerstand
Ernst thälmann-park b.-prenzlauer berg
mo-do 8.00-17.00 uhr

"Die Männer fürs Grobe - Der schlagende Arm derrechten Bewegung" bis 5.7.
im Cafe Geschwulst Ihnestr. 22 im Keller

Mittelamerika Fotoausstellung ab 7.7.
in der Galerie Olga Benario /Boddinstr.61
geöffnet Mo-Fr 17-20 Uhr

jeden donnerstag

frauen- und lesbenabend im x-b-liebig

jeden freitag

frauen- lesbentag infocafe nostitzstr.49

jeden sonntag

ab 21 uhr
vokü/film/lagerfeuer an der wagenburg
schillingbrücke/grenzstreifen

WIR SIND WIEDER WER

- ABER WER?

- UND VOR ALLEM WIEDER?

- UND WIESO IMMER WIR?